

## Deutschland, Mitteleuropa und die Revolutionierung Russlands

Jacek Kosiarski

*Universität Warschau*

Zu den bedeutendsten deutschen Kriegszielkatalogen im Ersten Weltkrieg gehört die geheime, unter dem Datum des 9. September 1914 verfasste und erst 1961 von dem Hamburger Historiker Fritz Fischer veröffentlichte Denkschrift der Reichsregierung, die in die Geschichte als das so genannte *Septemberprogramm* einging. Zu den darin vom Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg angekündigten Kriegszielen gehörten unter anderem: eine bedeutende Schwächung Frankreichs, sodass es aus dem Kreis der Grossmächte dauerhaft ausscheiden würde, die Zurückdrängung Russlands weit nach Osten und die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes, der – bei äusserlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder – tatsächlich unter deutscher Führung sein und die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft Deutschlands über Europa stabilisieren sollte. Das Septemberprogramm knüpfte dadurch an die noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandene Mitteleuropakonzeption an, deren Befürworter – Politiker, Unternehmer, sowie Wissenschaftler im Bereich Ökonomie und Geographie – die Errichtung einer europäischen wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft postulierten. Den Kern einer solchen Gemeinschaft würde der enge Verband von Deutschland und Österreich (bzw. Österreich-Ungarn) bilden, der um die nächsten Länder (besonders Mittel-, Ost- und Südosteuropas) erweitert werden sollte. Man glaubte, nur durch die Schaffung eines von Deutschland beherrschten „Mitteleuropas“ könne die Ebenbürtigkeit des Deutschen Reiches mit den Weltmächten, wie die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Russland, gewährleistet werden. Um das Kriegszielprogramm, darunter auch die Mitteleuropakonzeption, zu verwirklichen, bediente sich Deutschland einer Politik der Revolutionierung und inneren Destabilisierung der Staaten der feindlichen Allianz (man betrieb eine solche Politik besonders gegenüber dem Britischen Empire und Russland). Als die folgenschwerste deutsche Revolutionierungsmaßnahme während des Ersten Weltkrieges erwies sich die Unterstützung, die das konservative Deutsche Kaiserreich den russischen Revolutionären (den Bolschewiki) unter Wladimir Iljitsch Lenin gewährte. Um in Russland ein größtmögliches Chaos zu schaffen, organisierte die politische und militärische Führung Deutschlands im April 1917 für Lenin und die führenden Bolschewiki eine Reise von der neutralen Schweiz über Deutschland und

---

**Jacek Kosiarski** – MA, Institut für Internationale Beziehungen, Fakultät für Journalistik und Politikwissenschaft, Universität Warschau.

Wynagrodzenie autorskie sfinansowane zostało przez Stowarzyszenie Zbiorowego Zarządzania Prawami Autorskimi Twórców Dzieł Naukowych i Technicznych KOPIPOL z siedzibą w Kielcach z opłat uzyskanych na podstawie art. 20 oraz art. 20<sup>1</sup> ustawy o prawie autorskim i prawach pokrewnych.

Skandinavien nach Petrograd und ermöglichte dann der bolschewistischen Partei - durch starke finanzielle Unterstützung - die Machtübernahme in Russland. Als wichtigste Folge der deutschen Destruktionsmaßnahmen kann man den Frieden von Brest-Litowsk bezeichnen, der im März 1918 zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten auf der einen und den um ihren Machterhalt kämpfenden Bolschewiki auf der anderen Seite abgeschlossen wurde. Durch den Frieden konnte Deutschland einen gewaltigen, früher zum Russischen Reich gehörenden Gebietsstreifen von Finnland bis zum Kaukasus kontrollieren und dessen künftiges Schicksal mehr oder weniger nach Belieben bestimmen, was den Weg zur Verwirklichung des Mitteleuropaplans ebnete. Der Erfolg war jedoch nur von kurzer Dauer, denn die Bestimmungen des im November 1918 zwischen Deutschland und den Westalliierten unterzeichneten Waffenstillstands verkörperten die deutsche Kriegsniederlage und beinhalteten unter anderem die Aufhebung der mit der bolschewistischen Regierung in Russland abgeschlossenen Verträge. Die Bolschewiki unter Lenin behaupteten hingegen ihre Macht in Russland und versuchten nun ihrerseits nach Kräften, die Revolution in Deutschland zu fördern, die von Lenin – aufgrund des deutschen Industriepotenzials, der starken deutschen Arbeiterschaft und der günstigen geopolitischen Lage Deutschlands – als *conditio sine qua non* der Weltrevolution betrachtet wurde.

*Schlüsselwörter:* Deutschland, Russland, Mitteleuropakonzeption, Weltmächte, Septemberprogramm, Erster Weltkrieg, Revolutionierungspolitik, Revolution, Weltrevolution, Bolschewismus, Friedensverträge von Brest-Litowsk, Wladimir Iljitsch Lenin, Alexander Helphand-Parvus, Theobald von Bethmann Hollweg, Kurt Riezler

Als „die politische Atombombe des Ersten Weltkrieges“<sup>1</sup> bezeichnete der Publizist Sebastian Haffner die 1917 getroffene Entscheidung der deutschen Regierung, Lenin (Wladimir Iljitsch Uljanow), den Führer der russischen Bolschewiki, aus der Schweiz (wo er während des Krieges gelebt hat) im geschlossenen Eisenbahnwaggon quer durch Deutschland Richtung Petrograd zu transportieren, um das Russische Reich von innen zu zerstören und dadurch das endgültige Ausscheiden Russlands aus den Reihen der Kriegsgegner zu bewirken. Die folgende Darstellung<sup>2</sup> untersucht einige Aspekte des damaligen deutsch-bolschewistischen Zweckbündnisses und basiert auf der These, dass

<sup>1</sup> S. Haffner, *Der Teufelspakt. Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg*, Manesse Verlag, Zürich 2002, S. 26.

<sup>2</sup> Teilweise knüpft die Darstellung an zwei meiner früheren Publikationen an: J. Kosiarski, *Niemcy a kwestia integracji Europy w dobie I wojny światowej* [Deutschland und die Frage der europäischen Integration während des Ersten Weltkrieges], in: E. Haliżak et al. (Hrsg.), *Stosunki międzynarodowe w XXI wieku. Księga jubileuszowa z okazji 30-lecia Instytutu Stosunków Międzynarodowych Uniwersytetu Warszawskiego* [Internationale Beziehungen im 21. Jahrhundert. Festschrift zum 30. Jubiläum des Instituts für Internationale Beziehungen der Universität Warschau], Scholar, Warszawa 2006, S. 178-192; J. Kosiarski, *Niemcy, Austria i Mitteleuropa* [Deutschland, Österreich und Mitteleuropa], in: „*Studia Politica Germanica*” 2012, I (1), S. 31-64.

das Zustandekommen dieses „Teufelspakts“ auf das deutsche Kriegszielprogramm von 1914, dessen Kern die Mitteleuropakonzeption bildete, zurückzuführen ist. Um dieses Programm zu verwirklichen, das auf ein deutsch beherrschtes „Mitteleuropa“ als die kontinentale Basis für Deutschland als Weltmacht hinauslief, stellte die erzkonservative deutsche Regierung die sogenannte Revolutionierungsidee in ihren Dienst; die von der Reichsleitung betriebene Politik der „revolutionären Infektion“,<sup>3</sup> die auch subversive Aktivitäten einschloss, sollte die innere Widerstandskraft der Kriegsgegner unterminieren und brechen und zugleich die Errichtung einer deutschen Vorherrschaft in Europa ermöglichen. Als die (aus deutscher Sicht) erfolgreichste Revolutionierungsmaßnahme des kaiserlichen Deutschland während des Ersten Weltkrieges erwies sich die vom Auswärtigen Amt mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung veranlasste Sendung Lenins nach Russland, deren Folge die bolschewistische Machtübernahme war: Russland ist dadurch einer einzigartigen Verschwörung zum Opfer gefallen, deren tödliches Gift jahrelang wirkte. Dass die Revolutionierungstätigkeit Deutschlands ein Spiel mit dem Feuer war, gab rückblickend Erich Ludendorff zu, der von Ende August 1916 bis Oktober 1918 als Erster Generalquartiermeister der wahre Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) war: „Durch die Entsendung Lenins nach Russland hatte unsere Regierung auch eine besondere Verantwortung auf sich genommen. Militärisch war die Reise gerechtfertigt, Russland musste fallen. Unsere Regierung aber hatte darauf zu achten, dass nicht auch wir fielen“.<sup>4</sup>

## 1. Das deutsche Kriegszielprogramm

Die Befürworter der noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Mitteleuropakonzeption – Politiker, Unternehmer, sowie Wissenschaftler im Bereich Ökonomie und Geographie – haben vor und während des Ersten Weltkrieges zahlreiche Projekte vorbereitet, in denen oft deutlich deutschspezifische, nationale Motivationen und Interessen ihren Niederschlag fanden. Dank der Errichtung einer unter deutscher Führung stehenden Wirtschaftsgemeinschaft, deren Kern die deutsch-österreichisch-ungarische Zollunion sein sollte und an die sich die Mittel- und Kleinstaaten Kontinentaleuropas (besonders Mittel-, Ost- und Südosteuropas) anschließen würden, sollte die deutsche Ebenbürtigkeit mit dem riesigen britischen Empire, mit dem russischen Koloss und vor allem mit den Vereinigten Staaten von Amerika gewährleistet werden. Man ging davon aus, dass nur ein auf diese Weise „mitteleuropäisch“ verstärktes Deutschland neben den obengenannten Weltmächten bestehen kann, die das Deutsche Reich in Bezug auf Bevölkerungszahl, Größe des Territoriums oder Größe des Binnenabsatzmarktes doch weit übertrafen.

---

<sup>3</sup> H. Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Rowohlt, Berlin 2014, S. 546-547.

<sup>4</sup> E. Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914-1918*, Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Berlin 1919, S. 407.

Wie manche Forscher (zuletzt besonders Sönke Neitzel und Hans-Dietrich Schultz<sup>5</sup>) betonen, war um das Jahr 1900 eine der wesentlichen Grundlagen der Diskussion um die Zukunft des Deutschen Reiches die sogenannte Weltreichslehre. Ihre Anhänger sagten voraus, dass nur eine begrenzte Anzahl von Weltmächten neuen Typs, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, England, Russland, vielleicht auch China oder Frankreich, die künftige Weltgeschichte dominieren werden. Mit wachsender Aufmerksamkeit verfolgte man besonders den Aufstieg der Vereinigten Staaten, die auch nach dem Bürgerkrieg ihr kontinentales Ausmaß zu bewahren vermochten, sich rasch von den erlittenen Schäden erholten und ab 1880 zum spürbaren Wirtschaftskonkurrenten für Europa avancierten. Der Weltreichslehre zufolge würde der wirtschaftliche Konflikt gewaltiger Reichenreiche und Handelsblöcke das 20. Jahrhundert bestimmen; Länder, die hingegen nicht imstande seien, in naher Zukunft den Status eines Weltreiches einzunehmen, wären zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Angesichts dieser Tendenzen konnte Deutschland den eigenen Untergang nur dadurch vermeiden, indem es sich durch Raumeroberung und Erweiterung seines Einflussbereiches selbst zu einer Weltmacht entwickelte. Das bedeutete entweder den Erwerb von überseeischen Kolonien oder eine Machterweiterung auf dem europäischen Kontinent.

Was aber den Erwerb von überseeischen Kolonien betrifft, so stellten manche Teilnehmer der Diskussion über die deutsche Zukunft fest, dass das erst im Jahre 1871 gegründete Deutsche Reich bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen sei: „(...) die Zeit der großen Erwerbungen“ – so gab im Jahre 1913 der Industrielle Walther Rathenau zu – „ist für Deutschland verpasst“.<sup>6</sup> Die Errichtung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft schien also eine Möglichkeit zu sein, die fehlenden kolonialen Ausbreitungsmöglichkeiten kompensieren zu können. „Die Erstrebung eines mitteleuropäischen Zollvereins“ sah Rathenau als „eine letzte Möglichkeit“ an, die verpassten Chancen Deutschlands wettzumachen; nur auf diese Weise könnte eine wirtschaftliche Einheit geschaffen werden, die „der amerikanischen ebenbürtig, vielleicht überlegen wäre“.

---

<sup>5</sup> S. Neitzel, *Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Verlag Ferdinand Schoeningh, Paderborn et al. 2000; S. Neitzel, *Außenpolitische Zukunftsvorstellungen in Deutschland um 1900*, in: Ders. (Hrsg.), *1900: Zukunftsvisionen der Großmächte*, Verlag Ferdinand Schoeningh, Paderborn et al. 2002, S. 55-79; H.-D. Schultz, *Großraumkonstruktionen versus Nationsbildung: das Mitteleuropa Joseph Partschs. Kontext und Wirkung*, in: H. P. Brogiato, A. Mayr (Hrsg.), *Joseph Partsch – Wissenschaftliche Leistungen und Nachwirkungen in der deutschen und polnischen Geographie*, Institut für Länderkunde, Leipzig 2002, S. 85-127. Dem Historiker Winfried Baumgart zufolge hat man in Deutschland der angelsächsischen Doktrin von den drei Weltreichen (Großbritannien, die USA, Russland) „eine solche der vier Weltreiche, mit Einschluss Deutschlands, das seine Machtbasis durch ein vor allem wirtschaftlich verstandenes Mitteleuropa ausbauen müsse“, gegenübergestellt: W. Baumgart, *Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1890-1914). Grundkräfte, Thesen und Strukturen*, Ullstein, Frankfurt am Main-Berlin-Wien 1979, S. 42.

<sup>6</sup> Dieses und die folgenden Zitate aus Walter Rathenaus Aufsatz „*Deutsche Gefahren und neue Ziele*“, in: R. Opitz (Hrsg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1994, S. 204-208.

Den Geist der Weltreichslehre spiegelte schon das 1880 von dem ungarischen Abgeordneten Guido von Baußnern dem deutschen Kanzler Otto von Bismarck vorgelegte Mitteleuropaprojekt wider. Die Voraussetzung für die „Vormachtstellung Deutschlands in Europa“ bildete die „Vereinigung sämtlicher mitteleuropäischer Länder zu einem mächtigen Zoll- und Handelsblocke“: nur dadurch könne die weitere Entwicklung Deutschlands gegenüber „dem Panslawismus, diesem Todfeind der deutschen Weltmacht“ und gegenüber den USA gesichert werden. Nur als Vormacht einer „mitteleuropäischen Völkerkoalition“, die „später eine Brücke sein würde, um ein ganz Mitteleuropa umfassendes deutsches Universalreich zu gründen“, könne Deutschland zum „Regulator des gesamten Welthandels“ werden, um so neben den Weltmächten USA, Russland und England bestehen zu können.<sup>7</sup> An die Weltreichslehre knüpfte auch das schon während des Großen Krieges veröffentlichte Werk „Mitteleuropa“ von Friedrich Naumann an: neben Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ war es das meistverkaufte Buch im wilhelminischen Deutschland.<sup>8</sup> Der von Naumann ausgearbeiteten und propagierten Mitteleuropakonzeption lag die Überzeugung zugrunde, dass kleine souveräne Staaten keine Existenzberechtigung haben, sogar ein Deutschland mit 70 Millionen Einwohnern wäre für eine Weltpolitik zu klein.<sup>9</sup> „Nur ganz große Staaten“ – schrieb der protestantische Theologe und liberale Politiker – „haben noch etwas Eigenes zu bedeuten, alle Kleineren leben von der Ausnutzung des Streites der Gegner oder müssen sich Erlaubnis holen, wenn sie eine ungewohnte Bewegung machen wollen“.<sup>10</sup> „Die Souveränität,“ – fügte er hinzu – „die früher ein sehr verbreitetes Besitztum irdischer Staatengebilde war, sammelt sich, je länger desto merkbarer, an ganz wenigen Stellen. Es bleiben nur eine gewisse Anzahl von Mittelpunkten der Menschheit übrig, an denen wirklich regiert wird: London, New York, Moskau (oder Petersburg) stehen fest. Ob ein ostasiatischer Weltmittelpunkt in Japan oder in China sich bilden wird, liegt noch im unklaren“. Die Schaffung einer großen mitteleuropäischen Staaten- und Völkergemeinschaft, die sich um das enge und dauerhafte deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis herum bilden und enge wirtschaftliche Verbindungen mit der Türkei haben würde, schien also das Gebot der Stunde. Seiner Ansicht nach ging es in dem derzeitigen Krieg darum, „ob zwischen Russland und England ein eigenes mitteleuropäisches Zentrum sich halten kann oder nicht. Die Menschheitsgruppe Mitteleuropa spielt um ihre Weltstellung. Verlieren wir

<sup>7</sup> Vgl. H. Böhme, *Deutschlands Weg zur Grossmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972, S. 603-604; A. Hillgruber, *Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945*, Droste Verlag, Düsseldorf 1980, S. 27.

<sup>8</sup> S. Neitzel, *Weltkrieg und Revolution 1914-1918/19*, Bebra Verlag, Berlin 2008, S. 89.

<sup>9</sup> J. Kofalka, *Deutschland und die Habsburgermonarchie 1848-1918*, in: A. Wandruszka, P. Urbanitsch (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*. Band VI: *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*. 2. Teilband, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1993, S. 148.

<sup>10</sup> F. Naumann, *Mitteleuropa*, Verlag von Georg Reimer, Berlin 1915, S. 4.

den Kampf, so sind wir voraussichtlich auf ewig verurteilt, Trabantenvolk zu werden, siegen wir halb, so müssen wir später noch einmal fechten, siegen wir nachhaltig, so erleichtern wir unseren Kindern und Enkeln die Arbeit, denn dann wird Mitteleuropa ins Grundbuch der kommenden Jahrhunderte eingetragen“.<sup>11</sup>

Die meisten Mitteleuropakonzeptionen spiegelten die Neigung ihrer Autoren wider, durch eine deutsch-österreichisch-ungarische Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft Österreich-Ungarn unwiderruflich und dauerhaft an das Deutsche Reich zu binden und in ein deutsches Expansionsprogramm nach Südosten einzubeziehen, ohne den staatlichen Bestand der Donaumonarchie als solchen formell anzutasten. Eine mitteleuropäische Gemeinschaft sollte ein geeignetes Mittel sein, um die Mängel der sogenannten kleindeutschen, im Jahre 1871 verwirklichten Lösung zu beheben, „welche“, so der Soziologe Max Weber, „die Zugehörigkeit von 10 Millionen Deutschen zum Reich opferte, um 30 Millionen Nichtdeutsche politisch zu neutralisieren“.<sup>12</sup> Eine Gemeinschaft, an der das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn formell gleichberechtigt teilnehmen würden, wäre vorteilhafter als eine eventuelle unmittelbare Eingliederung der Deutschösterreicher in das Deutsche Reich im Rahmen der sogenannten großdeutschen Lösung – konnte diese doch die Herrschaft über die zahlreichen nichtdeutschen Völker der Donaumonarchie erschweren oder unmöglich machen.

Die geplante wirtschaftliche und politische Gemeinschaft wurde auch oft als Mittel zur Stärkung des Deutschtums, sowohl in der Donaumonarchie, als auch im ganzen Mittel-, Ost- und Südosteuropa wahrgenommen. Nach Meinung Kurt von Mangoldts, dem Autor des Artikels „Wo hinaus?“, der in der Zeitung „Berliner Börsen-Courier“ im Jahre 1912 erschien,<sup>13</sup> „würden sich für das Deutschtum außerordentliche Vorteile ergeben. Das Deutschtum in Österreich-Ungarn und dem ganzen Südosten würde gesichert und gestärkt; bei der zu erwartenden ungeheuren Bevölkerungszunahme in den noch dünn besiedelten Gebieten des ganzen Komplexes könnte es sehr wohl gelingen, einige Millionen Deutsche als Träger und Förderer einer höheren Kultur, zwar nicht in geschlossenen Massen, wohl aber in einzelnen Siedlungen einzuschieben, so wie z. B. gewisse Gegenden Russlands durchsetzt sind. Deutsche Kaufleute, Handwerker, Industrielle, Ingenieure, Arbeiter, Gelehrte würden sich in breitem Strome über das ganze Gebiet ergießen. Deutsch würde die große Handels-, Verkehrs- und Kultursprache für den ganzen Länderkomplex werden“. „Machtpolitisch endlich würden diese so Vereinigten Staaten“ – schlussfolgerte Mangoldt – „für jede absehbare Zeit ein Gebilde darstellen, das den Wettlauf mit jedem der großen Weltstaaten aushalten könnte“.

<sup>11</sup> Ibidem, S. 165.

<sup>12</sup> W. Mommsen, *Die Mitteleuropaidee und die Mitteleuropaplanungen im Deutschen Reich vor und während des Ersten Weltkrieges*, in: R. G. Plaschka et al. (Hrsg.), *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1995, S. 10.

<sup>13</sup> K. von Mangoldt, *Wo hinaus? Eine Betrachtung über deutsche Auswärtige Politik*, *Berliner Börsen-Courier*, 9. Januar 1912, in: R. Opitz (Hrsg.), *Europastrategien...*, op.cit., S. 176-179.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte zur Folge, dass mitteleuropäische Pläne eine besondere und höchst aktuelle Bedeutung gewannen. Mitteleuropäische Erwägungen wurden Teil einer breiten Kriegszieldiskussion,<sup>14</sup> an der sich vom Beginn des Grossen Krieges zahlreiche Politiker, Interessenverbände, Großindustrielle, Bankiers, Militärs, Wissenschaftler und Publizisten beteiligten. Das sogenannte Septemberprogramm<sup>15</sup> des Kanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, das heißt die geheime, erst 1961 von dem Hamburger Historiker Fritz Fischer veröffentlichte Denkschrift, ist der bekannteste und vieldiskutierte deutsche Kriegszielkatalog. Er war repräsentativ für Überlegungen innerhalb der Reichsbürokratie, einflussreicher Kreise der Industrie und zum Teil auch des Militärs.<sup>16</sup> Das Septemberprogramm, das man als „eine vorläufige Aufzeichnung über die Richtlinien unserer Politik beim Friedensschluss“ bezeichnete, war in ihren Grundzügen Mitte August 1914 erkennbar und schließlich am 9. September 1914 fertiggestellt. In gewissem Sinn stellt es eine politische Widerspiegelung des deutschen Kriegsplans (Schlieffenplan) dar, denn man beendete seine Ausarbeitung bereits sechs Wochen nach Kriegsausbruch, auf dem Höhepunkt der Marneschlacht, als die Einnahme von Paris nur noch eine Frage der Zeit zu sein und der Zusammenbruch Frankreichs unmittelbar bevorzustehen schien. Für den Kanzler war das „allgemeine Ziel des Krieges“ „Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit“. Seiner Meinung nach musste zu diesem Zweck „Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden“. Ein Monat vorher hatte der Kanzler dieses Ziel präziser formuliert, indem er „die Zurückwerfung der russischen Grenze auf Moskau“ und die Errichtung einer Kette der von Berlin abhängigen Pufferstaaten zwischen Deutschland bzw. Österreich-Ungarn

<sup>14</sup> Über die deutsche Kriegszieldiskussion siehe unter anderem: F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Droste Verlag, Düsseldorf 2000; W. Basler, *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914-1918*, Rütten und Loening, Berlin (DDR) 1962; V. Ullrich, *Die nervöse Grossmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2004, S. 419-433; H. Münkler, *Der Grosse Krieg...*, op.cit., S. 267-288; G. A. Craig, *Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches*, Verlag C. H. Beck, München 1999, S. 387-396; G. Mai, *Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1993, S. 51-62; J. Pajewski, *Pierwsza wojna światowa 1914-1918* [Der Erste Weltkrieg 1914-1918], Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa 1998, S. 82-90; H.U. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, Verlag C.H. Beck, München 2003, S. 26-38. Angesichts der ins Unübersichtliche gestiegenen Anzahl von Kriegszielmemoranden wagte der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Wilhelm Solf am 25. September 1914 die Feststellung: „Man waret in Denkschriften“; K. Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1996, S. 323.

<sup>15</sup> 9. September 1914. Kriegsziel-Richtlinien Bethmann Hollwegs z. Hd. des Staatssekretärs Clemens v. Delbrück (Bethmann Hollwegs „Septemberprogramm“), in: R. Opitz (Hrsg.), *Europastrategien...*, op.cit., S. 215-217.

<sup>16</sup> G. Mai, *Das Ende des Kaiserreichs...*, op.cit., S. 57.

und Russland ankündigte (ausdrücklich nannte er Finnland, Polen, die Ukraine und Georgien).<sup>17</sup>

Gemäß dem Schlieffenplan lagen die Einzelforderungen des Septemberprogramms im Westen, also sah der Kanzler territoriale Erwerbungen auf Kosten Frankreichs und Belgiens vor. Was Frankreich angeht, so sollte „in jedem Fall“ die Annexion des Erzbeckens von Longwy-Briey gefordert werden, außerdem sollte Frankreich, wenn die Militärs es wünschten, die Festung Belfort, den Westhang der Vogesen und einen Küstenstreifen von Dünkirchen bis Boulogne abtreten. Die zukünftige Kriegsentschädigung sollte „so hoch sein, dass Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel für Rüstung anzuwenden“. Mit Frankreich sollte endlich ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, „der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht, und es ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten“. Was Belgien angeht, so wurde die „Angliederung von Lüttich und Verwiers“, eventuell auch von Antwerpen, vorgesehen. Belgien sollte, „wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken“ und „wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden“. Das um belgisches Gebiet vergrößerte Luxemburg sollte annektiert und neuer „deutscher Bundesstaat“ werden. Außerdem forderte man „die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreiches“.

Im Mittelpunkt des Septemberprogramms stand die Mitteleuropaidee, was mit den Projekten übereinstimmte, die dem Kanzler von Vertretern der Industrie und Hochfinanz, wie Arthur von Gwinner und besonders Walther Rathenau, vorgelegt wurden. Der Kerngedanke lautete: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen“. Zwischen den Mitgliedern der geplanten Zollunion sollte zwar äußerliche Gleichberechtigung herrschen, der Kanzler ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass der Verband, „wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze“, „tatsächlich unter deutscher Führung“ stehen und „die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren“ muß. Im Schreiben an den Staatssekretär des Innern Clemens von Delbrück vom 16. September 1914 gab der Kanzler ohne Umschweife zu: „Ein solcher Zusammenschluss Mitteleuropas wird sich nicht auf der Basis einer Verständigung über gemeinsame Interessen, sondern nur bei einem eventuell von uns zu diktierenden Frieden unter dem Druck politischer Überlegenheit erreichen lassen“.<sup>18</sup>

Im Septemberprogramm ließ Bethmann Hollweg keinen Zweifel daran, dass der erwartete militärische Sieg Deutschlands die Erringung und langfristige Sicherung

<sup>17</sup> F. Fischer, *Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, in: Ders., *Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze*, Verlag C. H. Beck, München 1992, S. 57.

<sup>18</sup> 16. September 1914. *Schreiben Bethmann Hollwegs an Clemens v. Delbrück*, in: R. Opitz (Hrsg.), *Europastrategien...*, op.cit., S. 221.

seiner Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und damit den Durchbruch zu einer unangefochtenen Weltmachtstellung ermöglichen sollte. Voraussetzungen für die angestrebte Umgestaltung der Machtverhältnisse in Europa zugunsten des Deutschen Reiches waren: einerseits, die Vernichtung der französischen Großmachtstellung, die Beseitigung des englischen Einflusses auf dem Kontinent und die Zurückdrängung Russlands möglichst weit nach Osten<sup>19</sup> und andererseits, das geschickte Benutzen der Idee der europäischen Wirtschaftsintegration (in der Form des angekündigten mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes), dank derer die als problematisch erachteten direkten Annexionen durch indirekte Beherrschung ersetzt werden konnten. Die Erweiterung der kontinentalen Machtbasis Deutschlands sollte also durch eine Kombination traditioneller (direkte Annexionen) mit modernen Herrschaftsformen (ökonomische Bindungen, „Mitteleuropa“) erreicht werden.<sup>20</sup> Vom Vorzug einer indirekten Beherrschung, „die es erlaubte, die deutsche Hegemonie hinter der Fassade äußerer Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten zu verschleiern“,<sup>21</sup> war besonders Kurt Riezler überzeugt, der als Sekretär und enger Berater des Kanzlers eine bedeutende Rolle bei der Formulierung der deutschen Kriegszielpolitik und der Abfassung des Septemberprogramms gespielt hat. „Es lag auf der Hand“ – so der Historiker Gordon A. Craig –, „dass es vorteilhafter war, sich nominell selbständige Randstaaten zu schaffen, die sich einer deutschen Hegemonie unterordnen würden, als sich widerspenstige nationale Minderheiten ins Haus zu holen. Eine Hegemoniepolitik würde Deutschland die faktische Herrschaft in die Hand geben, ohne Ressentiments zu wecken, wie sie durch die Annexionen von Elsaß-Lothringen 1871 entstanden waren, und ohne die innere Eintracht zu zerstören, die der Geist von 1914 bewirkt hatte.“<sup>22</sup> Manche Eintragungen im Kurt Riezlers Tagebuch verdeutlichen die herrschaftverschleiende Funktion von „Mitteleuropa“. Der Eintragung vom 19. August 1914 ist zu entnehmen, wie im Großen Hauptquartier, in das Riezler dem Kanzler am 16. August folgte, die Mitteleuropaidee diskutiert wurde: „Abends langes Gespräch über Polen und die Möglichkeit einer loseren Angliederung von anderen Staaten an das Reich – mitteleuropäisches System von Differentialzöllen. Großdeutschland mit Belgien, Holland, Polen als engen, Österreich als weiten Schutzstaaten.“<sup>23</sup> Am 27. Februar 1915 schrieb Riezler: „Ich bohre immer an einer deutschen Vorherrschaft über Mitteleuropa und alle kleinen Staaten unter dem Deckmantel einer mitteleuropäischen Konföderation

<sup>19</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 94.

<sup>20</sup> I. Geiss, *Kurt Riezler und der Erste Weltkrieg*, in: Ders., B. J. Wendt (Hrsg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1973, S. 410. Über Riezler siehe auch: I. Geiss, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, Carl Hanser Verlag, München-Wien 1978, S. 116-147.

<sup>21</sup> V. Ullrich, *Die nervöse Grossmacht...*, op.cit., S. 423.

<sup>22</sup> G. A. Craig, *Deutsche Geschichte 1866-1945...*, op.cit., S. 394.

<sup>23</sup> K. Riezler, *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*. Eingeleitet und herausgegeben von K. D. Erdmann. Neuausgabe mit einer Einleitung von H. Afflerbach, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2008, S. 198.

ohne Einbuße an deutscher Macht“.<sup>24</sup> Am 18. April 1915 notierte er: „Gestern lange mit dem Kanzler zusammengesessen, um ihm mein neues Europa, d.h. die europäische Verbrämung unseres Machtwillens, auseinanderzusetzen. Das mitteleuropäische Reich deutscher Nation. Das bei Aktiengesellschaften übliche Schachtelsystem, das deutsche Reich eine AG. mit preussischer Aktienmajorität, jede Hinzunahme neuer Aktionäre würde diese Mehrheit, auf der, als auf der preussischen Hegemonie[,] das Reich steht, zerstören. Daher um das deutsche Reich herum ein Staatenbund, in dem das Reich ebenso die Majorität hat wie Preussen im Reich – daher d[enn] Preussen auch in diesem Staatenbund die tatsächliche Leitung hat. Die belgische Frage so lösen, dass sie dieser zukünftigen Entwicklung nicht im Wege steht, sondern sie im Gegenteil selbst heraufführen hilft. Dann Österreich so behandeln, dass es von selbst hineinwächst. Das wird es und muß es. Dann den europäischen Gedanken in Skandinavien und Holland stärken. Man braucht gar nicht von Anschluss an die Zentralmacht zu reden. Der europäische Gedanke, wenn er sich weiter denkt, führt ganz alleine zu solcher Konsequenz“.<sup>25</sup> Am 11. Oktober 1915 konnte Riezler mit Recht über den „mitteleuropäischen Imperialismus der leichten Hand“ mit Deutschland und Österreich als „Kern dazu“ sprechen.<sup>26</sup>

Dem Historiker Fritz Fischer zufolge war das Septemberprogramm und die in ihm niedergelegte Mitteleuropaidee „im Prinzip Grundlage der gesamten deutschen Kriegszielpolitik bis zum Ende des Krieges, wenn sich auch je nach der Gesamtlage einzelne Modifikationen ergaben“.<sup>27</sup> Bemerkenswert ist, dass in der umfangreichen Kriegszielenkschrift des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Heinrich Claß vom September 1914<sup>28</sup> (die das Septemberprogramm des Kanzlers an Radikalität weit übertraf) auch die Mitteleuropakonzeption vertreten war: den Kern eines großen, einheitlichen Wirtschaftsgebiets sollten das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn bilden: „Diesem Kern werden sich (...) allmählich und mit geradezu gesetzmässiger Gewissheit die Niederlande und die Schweiz, die drei skandinavischen Staaten und Finnland, Italien, Rumänien und Bulgarien anschliessen“. Im Gegensatz zum Septemberprogramm wurde hier allerdings Frankreich übergangen. Von der Bedeutung, die man während des Großen Krieges der Mitteleuropakonzeption beimaß, zeugt auch die Tatsache, dass sie Gegenstand der Studien war, die durch die militärische Führung betrieben wurden und deren Ergebnisse sich im Mitteleuropaplan des Generalstabschefs Erich von Falkenhayn niederschlugen. Ende August 1915 hat er die Schaffung „eines mitteleuropäischen Staatenbundes“ vorgeschlagen, worunter er

<sup>24</sup> Ibidem, S. 253.

<sup>25</sup> Ibidem, S. 268.

<sup>26</sup> Ibidem, S. 305.

<sup>27</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 95.

<sup>28</sup> *September 1914. Die Kriegszielenkschrift des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß* („Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege“), in: R. Opitz (Hrsg.), *Europastrategien...*, op.cit., S. 226-266.

„einen Zusammenschluss des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei zu einem langfristigen Schutz- und Trutzbündnis“ verstand, das auch auf „wirtschaftliche und kulturelle Ziele“ ausgedehnt werden sollte. Seiner Meinung nach sollte ein solcher Bund schon während des Krieges geschaffen werden, denn er würde die Hoffnung Englands auf eine allmähliche Aushungerung der Mittelmächte mit Hilfe der Blockade zerstören, besonders dann, „wenn sich noch andere Staaten, z. B. Schweden, die Schweiz, vielleicht auch Griechenland, anschließen würden“. „Auch dürfte der Bund“ – so der damalige Generalstabschef – „einen Weg bieten, die schwierige Polenfrage einer halbwegs erträglichen Lösung zuzuführen“.<sup>29</sup> Gegen die Falkenhaynsche Konzeption, den mitteleuropäischen Staatenbund schon während des Krieges zu verwirklichen und ihn lediglich als Kriegsmittel gegen den Erschöpfungskrieg der Entente zu benutzen, wandte sich allerdings Bethmann Hollweg. Der Reichskanzler begründete seine Ablehnung einer öffentlichen Verkündung des Staatenbundes mit der Annahme, „jeder Versuch, die Bundesgenossen und neutrale Staaten sofort der deutschen Hegemonie zu unterwerfen, müsse diese zwangsläufig dem Gegner in die Arme treiben“.<sup>30</sup> Für Bethmann Hollweg stellte „Mitteleuropa“ – im Gegensatz zu Falkenhayn – vor allem ein Ziel der deutschen Politik dar, dessen Erreichung zwar den militärischen Sieg Deutschlands voraussetzte, jedoch nicht als Instrument geeignet war, diesen militärischen Sieg zu erringen.<sup>31</sup>

## 2. Das Bündnis mit dem Feind des Feindes

Während des Großen Krieges versuchte die deutsche Führung, Teile des Mitteleuropaplanes zu verwirklichen. Erstens sollte der österreichisch-ungarische Bündnispartner weitgehend dem Deutschen Reich unterworfen werden, was in einer von beiden Kaisern am 12. Mai 1918 in Spa unterzeichneten Absichtserklärung seinen Niederschlag fand: Deutschland und die Donaumonarchie verpflichteten sich zum Abschluss eines langfristigen politischen Bündnisses, zum Abschluss eines Waffenbundes, der zum Ziel einen festen Zusammenschluss der beiden Armeen hatte, sowie zu Verhandlungen über die Schaffung eines einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsgebiets.<sup>32</sup> Zweitens beschäftigte sich Berlin mit der politischen Zukunft Polens, das ein notwendiges Element darstellte, um ein grosses „Mitteleuropa“ zu schaffen und das schon im Septemberprogramm als Mitglied der angekündigten Zollunion berücksichtigt wurde. In deutscher Hand befand sich Polen seit August

<sup>29</sup> W. Gutsche und Autorenkollektiv, *Deutschland im Ersten Weltkrieg*. Band 2: *Januar 1915 bis Oktober 1917*, Akademie Verlag, Berlin (DDR) 1968, S. 212-213.

<sup>30</sup> *Ibidem*, S. 214.

<sup>31</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 169.

<sup>32</sup> J. Kořalka, *Deutschland und die Habsburgermonarchie 1848-1918...*, op.cit., S. 156; I. Gonda, *Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. Der Zweibund in den letzten Kriegsjahren (1916-1918)*, Akademiai Kiado, Budapest 1977, S. 393; G. Brook-Shepherd, *Um Krone und Reich. Die Tragödie des letzten Habsburgerkaisers*, Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1968, S. 189.

1915, am 5. November 1916 wurde das Königreich Polen proklamiert; man nahm an, dass der in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht vom Reich gänzlich abhängige polnische Pufferstaat um einen Grenzstreifen (die westlichen und nordwestlichen Teile Kongresspolens) verkleinert werden sollte.<sup>33</sup> Drittens bewirkten die von Deutschland unternommenen Destruktionsmaßnahmen die innere Zerstörung Russlands: die Destabilisierung des Zarenreiches war – was dem Erlaß des Kanzlers vom 11. August 1914 an den deutschen Botschafter in Wien zu entnehmen ist – sowohl Kampfmittel zur Entlastung der eigenen Kriegführung als auch Mittel zur Durchsetzung des auch im Septemberprogramm angekündigten Kriegsziels, Russland von der deutschen Grenze abzudrängen.<sup>34</sup> Durch die erhoffte „Dekomposition“ der alten Ordnung Russlands sollte das Fundament für „Mitteleuropa“ erheblich erweitert und zugleich die „russische Gefahr“ gebannt werden, die im Denken der deutschen politischen und militärischen Elite zunehmend in den Vordergrund trat. Die Angst vor einer wachsenden Macht Russlands plagte schon vor dem Ausbruch des Grossen Krieges unter anderem den Reichkanzler Bethmann Hollweg, der seit seiner Russlandreise im Juli 1912 beunruhigt war über „die aufstrebende, künftig übermächtige russische Industriemacht“ mit ihrem „Reichtum an Bodenschätzen und derber physischer Menschenkraft“;<sup>35</sup> in den kritischen Tagen des letzten Vorkriegsmonats Juli 1914 wagte er sogar die Feststellung: „Die Zukunft gehört Russland, das wächst und wächst und sich als immer schwererer Alb auf uns legt“.<sup>36</sup> Die Meinung, dass die steigende Macht des Slawentums, hinter der Russland steht, gebrochen werden muß, vertrat auch Kaiser Wilhelm II., der am 26. Oktober 1913, im Gespräch mit dem österreichischen Außenminister Leopold Graf von Berchtold, Russland als eine „uns feindselige, auf unseren Untergang ausgehende Macht“, „in welcher ganz andere Elemente regieren“ als der Zar, bezeichnete. Bereits in diesem Gespräch ist, dem Historiker Fritz Fischer zufolge, die deutsche Revolutionierungstätigkeit während des Krieges vorausgedacht, denn der Kaiser behauptete, es gebe in Russland „das Gespenst der Revolution“, dem Deutschland nachhelfen müsse.<sup>37</sup>

Das Scheitern des deutschen Kriegsplanes, der eine rasche Niederwerfung Frankreichs vorsah, um dann die gesamte deutsche Streitmacht gegen Russland zu werfen, manifestierte sich dergestalt, dass schon im Oktober 1914 der Krieg im Westen in einen Stellungskrieg überging. „Dass die materiellen Ressourcen Deutschlands nicht für einen langwährenden Zweifrontenkrieg reichten, war auch den ökonomischen Laien

<sup>33</sup> I. Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914-1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, Matthiesen Verlag, Lübeck-Hamburg 1960.

<sup>34</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op. cit., S. 117-118.

<sup>35</sup> V. Ullrich, *Die nervöse Grossmacht...*, op. cit., S. 237.

<sup>36</sup> K. Riezler, *Tagebücher...*, op. cit., S. 183.

<sup>37</sup> F. Fischer, *Kaiser Wilhelm II. und die Gestaltung der deutschen Politik vor 1914*, in: J.C.G. Röhl (Hrsg.), *Der Ort Kaiser Wilhelm II. in der deutschen Geschichte*, R. Oldenbourg Verlag, München 1991, S. 269; siehe auch: J.C.G. Röhl, *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900-1914*, Verlag C. H. Beck, München 2009, S. 1008-1010.

in der Reichsführung klar“<sup>38</sup> und in Berlin erkannte man, dass die Zahl der Feinde möglichst schnell vermindert werden müsse.

Mit dem Scheitern des Schlieffenplanes entstanden also in der deutschen Führung die ersten Überlegungen über Sonderfriedensbemühungen mit einem der Kriegsgegner. Am 18. November 1914 erklärte der damalige Generalstabschef Erich von Falkenhayn dem Reichskanzler, dass die militärische Niederwerfung der drei feindlichen Mächte unmöglich ist: „Solange Russland, Frankreich und England zusammenhielten, sei es uns unmöglich, unsere Gegner so zu besiegen, dass wir zu einem anständigen Frieden kämen. Wir würden vielmehr Gefahr laufen, uns langsam zu erschöpfen“<sup>39</sup>. Deshalb schlug er vor, entweder Frankreich oder Russland aus der feindlichen Allianz herauszulösen: „Gelingt dies, könne man den wichtigsten Feind, England, besiegen“<sup>40</sup>. Dieser Ansicht schloss sich bald das Auswärtige Amt an, was einem internen Memorandum des Unterstaatssekretärs Arthur Zimmermann vom 24. November 1914 zu entnehmen ist: „Ziel unserer Politik muß selbstverständlich sein, den gegenwärtigen mit ungeheuren Opfern geführten Krieg durch einen Frieden zu beenden, der nicht nur anständig, sondern auch dauerhaft ist. Um die Erreichung dieses Ziels zu fördern, halte auch ich es für erwünscht, einen Keil zwischen unsere Feinde zu schieben und mit einem oder dem anderen Gegner tunlichst bald zu einem Separatfrieden zu gelangen“<sup>41</sup>. Da ein solcher Separatfrieden mit Frankreich aussichtslos (nicht zuletzt wegen Elsaß-Lothringen) schien, konnte die angestrebte militärische Wende zugunsten Deutschlands nur durch das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg herbeigeführt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, betrieb die Reichsleitung eine zweigleisige Russlandpolitik. Einerseits bemühte sich die deutsche Diplomatie 1915 und 1916 um einen Separatfrieden mit der Zarenregierung; die auf die dynastische Solidarität und die traditionell engen Beziehungen zwischen der Romanov- und der Hohenzollern-Dynastie zählende Friedenssondierung blieb jedoch ohne Erfolg; die zaristische Regierung hielt sich letztlich an den Londoner Vertrag vom 5. September 1914, in dem England, Frankreich und Russland sich ausdrücklich verpflichtet hatten, nur gemeinsam Frieden schließen zu wollen. Andererseits begann die deutsche Führung ein äußerst gefährliches Spiel mit der Revolutionierung Russlands: man hat zwar mit Hilfe der russischen extremen Linken die Widerstandskraft des russischen Gegners unterminiert, schien jedoch „die möglichen Rückwirkungen einer Revolution in Russland auf die eigene innenpolitische Situation zu ignorieren“<sup>42</sup>. Vor solchen Rückwirkungen warnte schon unmittelbar vor Kriegsausbruch der vormalige russische Innenminister Pjotr Durnovo,

<sup>38</sup> H. Schulze, *Kleine deutsche Geschichte*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2009, S. 130.

<sup>39</sup> V. Ullrich, *Die nervöse Grossmacht...*, op.cit., S. 434.

<sup>40</sup> K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S.227, Anm. 3.

<sup>41</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus. Die gekaufte Revolution. Biographie*, Langen Mueller, München 2000, S. 126.

<sup>42</sup> Ch. Scheidemann, *Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928). Eine politische Biographie*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 1998, S. 296.

der der Meinung war, „es sei im Grunde unwichtig, ob das Deutsche Reich oder Russland in diesem Krieg als Sieger hervorgehen werde. Im besiegten Land werde infolge der Niederlage eine Revolution ausbrechen, die dann auch auf die Siegermacht übergreifen und ihr Herrschaftssystem zerstören werde“.<sup>43</sup>

Die hinterlistige, vom Auswärtigen Amt in Verbindung mit dem Generalstab betriebene Politik, in feindlichen Staaten revolutionäre Tendenzen zu schüren, um den Kriegswillen zu brechen, richtete sich sowohl gegen die britische Kolonialmacht, als auch gegen den Vielvölkerstaat Russland.<sup>44</sup> Hier sind besonders drei Personen zu erwähnen, die der deutschen Regierung ihre Dienste anboten: Max von Oppenheim (ein Archäologe und Orientalist, Spross einer deutsch-jüdischen Kölner Bankiersdynastie), Max Bodenheimer (ein führender deutscher Zionist) und vor allem Alexander Helphand-Parvus (ein russisch-jüdischer Marxist und Millionär),<sup>45</sup> während die sowohl von Bodenheimer als auch von Helphand-Parvus angebotenen Dienste der Zerstörung des russischen Potenzials galten, hatte Oppenheim vor allem gegen England gerichtete subversive Unternehmungen im Auge. Schon im Jahre 1898 erkannte Oppenheim die Möglichkeit, die panislamische Bewegung für die Ziele der deutschen Orientpolitik zu mobilisieren<sup>46</sup> und inspirierte den Kaiser zu seiner berühmten Damaskusrede vom

<sup>43</sup> L. Luks, *Heiligt der Zweck die Mittel? Lenins Zusammenarbeit mit dem Wilhelminischen Reich in vergleichender Perspektive*, in: J. Tauber (Hrsg.), „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, Harrasowitz Verlag, Wiesbaden 2006, S. 356.

<sup>44</sup> Siehe u. a.: F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 109-131; H. Münkler, *Der Grosse Krieg...*, op.cit., S. 545-561; G. Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland*. Dritter Band: *Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914-1917)*, Verlag R. Oldenbourg, München 1964, S. 482-491; S. Haffner, *Der Teufelspakt...*, op.cit.; S. Haffner, *Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*, Anaconda Verlag, Köln 2014, S. 71-84; W. Loth, M. Hanisch (Hrsg.), *Erster Weltkrieg und Dschihad. Die Deutschen und die Revolutionierung des Orients*, Oldenbourg Verlag, München 2014; M. Kröger, *Revolution als Programm. Ziele und Realität deutscher Orientpolitik im Ersten Weltkrieg*, in: W. Michalka (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, Piper, München-Zürich 1994, S. 366-391; H. Roewer, *Kill the Huns – Tötet die Hunnen! Geheimdienste, Propaganda und Subversion hinter den Kulissen des Ersten Weltkrieges*, Ares Verlag, Graz 2014; S. M. Kreuzer, *Dschihad für den deutschen Kaiser. Max von Oppenheim und die Neuordnung des Orients (1914-1918)*, Ares Verlag, Graz 2012; W. G. Schwanitz, *Djihad „Made in Germany“: Der Streit um den Heiligen Krieg 1914-1915*, in: „Sozial. Geschichte“, Heft 2/2003, S. 7-34, <http://www.trafoberlin.de/pdf-dateien/Djihad%20Heiliger%20Krieg%201914%20WGS.pdf> (Zugang: 01.08.2015); W. G. Schwanitz, *Max von Oppenheim und der Heilige Krieg. Zwei Denkschriften zur Revolutionierung islamischer Gebiete 1914 und 1940*, in: „Sozial. Geschichte“, Heft 3/2004, S. 28-59, <http://www.trafoberlin.de/pdf-dateien/Oppenheims%20Jihad%20Dokumente%20WGS%20%20120207.pdf> (Zugang: 01.08.2015); S. McMeekin, *Ekspres Berlin-Bagdad. Kajzer, islam i imperium osmańskie 1898-1918*[engl. Original-Ausgabe: *The Berlin-Baghdad Express. The Ottoman Empire and Germany's Bid for World Power*], Wydawnictwo Uniwersytetu Jagiellońskiego, Kraków 2012; G. Koenen, *Der deutsch-russische Nexus*, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 44-45/2007, S. 27-32; K. Wiegrefe et al., *Revolutionär Seiner Majestät*, in: „Der Spiegel“, Nr. 50/2007, S. 34-48; K. Wiegrefe et al., „Nie war Russland käuflicher“, in: „Der Spiegel“, Nr. 51/2007, S. 64-71.

<sup>45</sup> Siehe unter anderem: E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit.; W. B. Scharlau, Z. A. Zeman, *Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie*, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1964.

<sup>46</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 111.

8. November des gleichen Jahres, in der Wilhelm II. feststellte: „Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, dass zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“<sup>47</sup> Ende Juli 1914 umriss Kaiser Wilhelm II. eine allgemeine Insurrektionsstrategie für den Orient gegen England: „Unsere Konsuln in der Türkei und Indien, Agenten usw. müssen die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verhasste, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstand entflammen, denn wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren“.<sup>48</sup> Zwei Monate nach Beginn des Großen Krieges stimmte er der von Oppenheim vorgelegten geheimen Denkschrift unter dem Titel „Die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde“ zu. Oppenheim schlug die Destabilisierung des islamischen Hinterlandes deutscher Feinde unter intensiver Mitwirkung der Türkei (die Ende Oktober 1914 auf Seiten der Zentralmächte in den Krieg eintrat) vor; der osmanische Sultan-Kalif sollte zum „Heiligen Krieg“ (Djihad) gegen bestimmte Feinde (Briten, Franzosen, Russen) aufrufen und die muslimische Bevölkerung zum allgemeinen Aufstand gegen die Kolonialmächte ermutigen, Deutschland würde der Türkei Menschen, Geld und Material zur Verfügung stellen. Obwohl sich Oppenheim mit allen islamischen Gebieten auseinandersetzte, hielt er Ägypten und Indien für die wichtigsten Ziele seines Revolutionierungsprogramms, denn sie stellten die verwundbarsten Stellen des Britischen Empire dar.<sup>49</sup>

Die von der deutschen Führung erwartete große Revolutionierung der islamischen Feindgebiete blieb jedoch aus; von Erfolg gekrönt war nur der Versuch, Russland durch Revolutionierung zu schwächen. Dazu haben besonders drei der diplomatischen Missionschefs des Reiches in neutralen Ländern – Gisbert Freiherr von Romberg in Bern, Graf Ullrich Brockdorff-Rantzau in Kopenhagen und Freiherr Lucius von Stoedten in Stockholm – beigetragen. „Ihre Missionen bildeten, neben der Botschaft in Konstantinopel, die Nervenknotten des Nachrichten- und Agentennetzes, mit dem die Deutschen das gesamte Russische Reich überzogen, und sie widmeten einen guten Teil ihrer Kraft der Förderung des deutschen Revolutionsprogramms“.<sup>50</sup>

Die beabsichtigte Zerstörung der Widerstandskraft des russischen Gegners sollte sowohl durch „nationale“, als auch „soziale“ Revolutionierung erreicht werden. So ermunterte man also die Ambitionen der nichtrussischen Völker und Minderheiten nach voller Selbständigkeit oder Autonomie. Als quasi deutsches Element galten in Russland die Juden, was man unter anderem auf ihre jiddische Sprache (eigentlich: jüdisches Deutsch) zurückführen kann, deren Wortschatz sich hauptsächlich aus mittelhochdeutschen,

<sup>47</sup> S. M. Kreutzer, *Dschihad für den deutschen Kaiser...*, op.cit., S. 89.

<sup>48</sup> M. Kröger, *Revolution als Programm...*, op.cit., S. 371.

<sup>49</sup> M. Hanisch, *Max Freiherr von Oppenheim und die Revolutionierung der islamischen Welt als anti-imperiale Befreiung von oben*, in: W. Loth, M. Hanisch (Hrsg.), *Erster Weltkrieg und Dschihad...*, op.cit., S. 15.

<sup>50</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 112-113.

hebräisch-aramäischen und slawischen Elementen zusammensetzt;<sup>51</sup> schon diese Tatsache berechtigte die Hoffnungen der deutschen Zionisten auf die Schaffung eines unter deutscher Vorherrschaft stehenden Vielvölkerstaates in Ostmitteleuropa, in dem die Juden, schon wegen ihrer Sprache, eine privilegierte Schicht bilden würden.<sup>52</sup> Am 17. August 1914 wurde von Max Bodenheimer, dem Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden der Zionistischen Vereinigung in Deutschland, ein „Deutsches Komitee zur Befreiung der russischen Juden“ gegründet, in dem die Reichsführung nicht nur ein geeignetes Instrument zur antirussischen Propaganda, sondern auch ein „Werkzeug von unschätzbarem Wert für den Nachrichtendienst“ und die deutsche Agitationstätigkeit für das Gebiet des Zarenreiches fand.<sup>53</sup> Bodenheimer, der sofort nach Kriegsbeginn den „Gleichlauf deutscher und jüdischer Interessen im Weltkrieg“<sup>54</sup> betonte, schlug der deutschen Führung die Errichtung eines Pufferstaates zwischen Ostsee und Schwarzem Meer vor: der zu errichtende Vielvölkerstaat (von manchen Autoren werden solche Bezeichnungen wie „Osteuropäische Föderation“<sup>55</sup> oder „Judeopolonia“<sup>56</sup> verwendet)

<sup>51</sup> *Duden Deutsches Universalwörterbuch*, Dudenverlag, Mannheim et al. 1996, S. 789.

<sup>52</sup> Was die Rolle der Ostjuden in der deutschen Revolutionierungspolitik und die künftigen Verhältnisse in dem zu bildenden Pufferstaat angeht, so fasste der deutsche Zionist Max Bodenheimer seine Ansichten in einem Dokument vom 19. August 1914 zusammen. Er stellte fest, dass „die sechs Millionen Juden Russlands infolge ihrer bisherigen Entrechtung ein Interesse haben am Vordringen der verbündeten Armeen Deutschlands und Österreich-Ungarns“ und war der Meinung, dass sie „durch entsprechende Maßnahmen dafür zu gewinnen wären, einen Stützpunkt für die Neuordnung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten zu bilden“. „Das Interesse der verbündeten Mächte fordert,“ – fügte Bodenheimer hinzu – „den in Westrussland lebenden nicht polnischen Völkern, insbesondere den Juden bei der künftigen Gestaltung der dortigen politischen Verhältnisse, eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Stellung einzuräumen, da diese Völkern in einem etwa zu bildenden Pufferstaat eine überwiegende Majorität gegenüber den Polen ausmachen und so diesem gegenüber die Waage halten würden. Da ein solches staatliches Gebilde genötigt sein wird, seine Existenz gegen Russland und auch gegen den Panlawismus zu sichern, fällt den Juden, die ihrer Sprache und Kultur nach dem Deutschtum am nächsten stehen, zusammen mit den deutschen Ostseeprovinzen die bedeutende Rolle zu, ein starkes Bollwerk gegen Russland zu bilden und dieses Staatsgebilde an die verbündeten Mächte dauernd zu knüpfen“. *Gründung des „Deutschen Komitees zur Befreiung der russischen Juden“ [19. August 1914]*, in: J. Reinharz (Hrsg.), *Dokumente zur Geschichte des Deutschen Zionismus 1882-1933*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1981, S. 148-149.

<sup>53</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 124.

<sup>54</sup> G. Koenen, *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945*, Verlag C. H. Beck, München 2005, S. 82. Am 7. August 1914 schrieb Heinrich Loewe in der Zeitung „Jüdische Rundschau“, dass „der Sieg des Moskowitertums jüdische und zionistische Hoffnungen und Arbeit vernichtet. Wir wissen, dass unser Interesse wie im Frieden so noch mehr jetzt in dem wilden Weltkriege ausschliesslich auf deutscher Seite liegt. Denn auf deutscher Seite ist Fortschritt, Freiheit und Kultur. Uns gegenüber stehen härteste Tyrannei, blutigste Grausamkeit und finsterste Reaktion“. *Der Zionismus und der Erste Weltkrieg. 7. August 1914. Jüdische Rundschau. XIX. Jg., Nr. 32, 7. August 1914, S. 343-344. Feinde ringsum !*, in: J. Reinharz (Hrsg.), *Dokumente...*, op.cit., S. 147.

<sup>55</sup> T. A. Kisielewski, *Wielka Wojna i niepodległość Polski* [Der Grosse Krieg und die Unabhängigkeit Polens], Dom Wydawniczy REBIS, Poznań 2014, S. 104-105; S. McMeekin, *Ekspres Berlin-Bagdad...*, op.cit., S.331.

<sup>56</sup> A. L. Szcześniak, *Judeopolonia*, in: *Encyklopedia „białych plam“* [Enzyklopädie der „weissen Flecken“]. Tom [Band] IX, Polskie Wydawnictwo Encyklopedyczne, Radom 2002, S. 71-79; ähnlich

sollte 8 Millionen Polen, 6 Millionen Juden, 5-6 Millionen Ukrainer, 4 Millionen Weißrussen, 3,5 Millionen Litauer und Letten und 1,8 Millionen Deutsche zusammenfassen.<sup>57</sup> Der geplante Pufferstaat sollte von einem deutschen Fürsten regiert und wegen seiner Gegnerschaft gegen Russland eng an das Deutsche Reich angelehnt werden; neben der Donaumonarchie, so der Historiker Gerd Koenen, würde er „den dritten Baustein eines weit nach Osten ausgreifenden Blocks der Zentralsaaten bilden, dessen dynamisches Kraftzentrum natürlich Deutschland wäre“.<sup>58</sup> Die Hoffnungen auf die Verwirklichung dieses Plans – der in krassem Widerspruch zu den polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen stand – wurden aber enttäuscht, als auf Druck des Ersten Generalquartiermeisters Erich Ludendorff am 5. November 1916 ein polnisches Königreich proklamiert wurde.

Folgenreicher als die Förderung der nationalen Bewegungen im Zarenreich zeigte sich die Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit den linksradikalen russischen Revolutionären, die in ihrem Land seit dem Zusammenbruch der Revolution von 1905 für vogelfrei erklärt wurden und deren größte Ansammlung sich in der Schweiz befand. Auf ihre Brauchbarkeit für deutsche Zwecke wies schon Anfang Oktober 1914 der deutsche Gesandte in Bern, Gisbert von Romberg, in einem langen Bericht an das Auswärtige Amt hin.<sup>59</sup> Über die Tätigkeit der russischen linksextremen Emigranten in der Schweiz ließ sich Romberg von seinem Vertrauensmann, dem estnischen Sozialisten Alexander Kesküla, berichten;<sup>60</sup> von diesem kam der Hinweis auf Lenin, der bei Kriegsbeginn aus Österreich in die neutrale Schweiz übergesiedelt war und nach Ausbruch des Weltkrieges eine defätistische Position bezog, die ihn zwar innerhalb der politischen Klasse Russlands isolierte, zugleich aber besonders attraktiv für die Deutschen machte. Zu der Überzeugung, dass eine revolutionäre Partei während einer „imperialistischen“ Auseinandersetzung vor allem auf die Herbeiführung der Niederlage der eigenen Regierung hinarbeiten und zur Umwandlung des „imperialistischen“ Krieges in einen Bürgerkrieg aufrufen sollte, kam Lenin – dem Historiker Leonid Luks zufolge, durch „[d]ie Tatsache, dass die Pariser Kommune nach dem Zusammenbruch des französischen Heeres entstand und [dass] die russische Revolution von 1905 einem Debakel der zaristischen Armee folgte“.<sup>61</sup> Andere russische Politiker waren zwar einflussreicher als Lenin, angesichts der deutschen

---

(„Judeo-Polonia“): A. Chwalba, *Samobójstwo Europy. Wielka Wojna 1914-1918* [Europas Selbstmord. Der Grosse Krieg 1914-1918], Wydawnictwo Literackie, Kraków 2014, S. 608-609.

<sup>57</sup> A. L. Szcześniak, *Judeopolonia...*, op.cit., S. 75; E. Zechlin, *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1969, S. 126-129; G. Koenen, *Der Russland-Komplex...*, op.cit., S. 84-85.

<sup>58</sup> *Ibidem*, S. 85.

<sup>59</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 126.

<sup>60</sup> W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917. Die deutschen Akten*, E. J. Brill, Leiden 1957, S. 8.

<sup>61</sup> L. Luks, *Heiligt der Zweck die Mittel? Lenins Zusammenarbeit mit dem Wilhelminischen Reich...*, op.cit., S. 354.

Kriegsziele blieben sie aber für Berlin nutzlos. Kesküla machte also den deutschen Gesandten in Bern darauf aufmerksam, dass nur der extreme Flügel der russischen Sozialisten auf einen deutschen Kriegssieg hoffte und hob die besondere Bedeutung Lenins hervor, „weil er von ihm allein die Bereitschaft zu einem Sonderfrieden mit Deutschland im Falle eines Sieges der Revolution erwartete“.<sup>62</sup> Gleichzeitig machte Kesküla die deutsche Regierung auf die Gefahren eines grossen und modernisierten Russlands aufmerksam: in einer Denkschrift vom Juli 1915 über „die innenpolitische Lage Russlands“ warnte er davor, dass das Zarenreich dank seines beträchtlichen natürlichen Reichtums das Deutsche Reich in naher Zukunft ökonomisch und militärisch überflügeln würde; dieser Entwicklung könne nur eine innere Destabilisierung verbunden mit der Kriegsniederlage entgegenwirken.<sup>63</sup> Dank Kesküla konnte Romberg das in sieben Hauptpunkte aufgegliederte Programm Lenins in Erfahrung bringen, das die Bedingungen enthielt, unter denen die Bolschewiki im Falle ihres Sieges in Russland zu einem Frieden mit Deutschland bereit wären. Seinem ausführlichen Schreiben an den Reichskanzler vom 30. September 1915 ist zu entnehmen, dass Lenin ein „Friedensangebot ohne Rücksicht auf Frankreich“ (Punkt 5) in Aussicht stellte; zwar musste dabei „Deutschland auf Annexionen und eine Kontribution verzichten“, aber Kesküla bemerkte treffend, „dass diese Bedingung die Lostrennung nationaler Staaten, die als Pufferstaaten dienen würden, von Rußland nicht ausschließt“.<sup>64</sup>

Am 8. Januar 1915 lenkte der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Hans von Wangenheim, die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf Alexander Helphand, der in ironischer Anspielung auf seine beträchtliche Leibesfülle „Parvus“ („der Kleine“) gerufen wurde. Helphand-Parvus spielte bei der Entstehung des Bündnisses zwischen dem Wilhelminischen Deutschland und der russischen extremen Linken eine äußerst wichtige Rolle. In dem „Zweibund preußischer Bajonette und russischer Proletarierfäuste“ erblickte der 1867 im weißrussischen Städtchen Beresina geborene Jude die Verwirklichung des Sozialismus.<sup>65</sup> In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts machte er Bekanntschaft mit führenden deutschen Sozialdemokraten wie Clara Zetkin, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg und schloss sich – schon als überzeugter Marxist – der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, „die damals weltweit von Sozialisten für ihre politischen Erfolge bewundert wurde – Lingua franca unter Revolutionären vieler Länder war Deutsch“.<sup>66</sup> Gleichzeitig hielt er aber den Kontakt zu den russischen Sozialdemokraten aufrecht. Den zahlreichen Theoretikern der deutschen Sozialdemokratie zum Trotz, die Russland nur für ein rückständiges Agrarland

<sup>62</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 128-129.

<sup>63</sup> W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 8-9; E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 132.

<sup>64</sup> *Der Gesandte in Bern Freiherr von Romberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*, in: W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 40-43.

<sup>65</sup> W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 14.

<sup>66</sup> K. Wiegrefe et al., *Revolutionär Seiner Majestät...*, op.cit., S. 38.

hielten, verkündete er zu Beginn des 20. Jahrhunderts, dass das revolutionäre Zentrum Europas sich nach Russland verlagern würde.<sup>67</sup> Schon als Jugendlicher hatte sich der künftige Mitinitiator des deutsch-bolschewistischen Bündnisses der rücksichtslosen Zerstörung des russischen Zarismus verschrieben, der alles verkörperte, was er hasste. „Dabei“ – so seine Biografin Elisabeth Heresch – „hat ihn, der sich keineswegs über schlechte Lebensverhältnisse beklagen konnte, sondern sich selbst dem bürgerlichen Mittelstand zurechnete, wohl das Bewußtsein seiner jüdischen Abstammung mitgeprägt“.<sup>68</sup> Der von Helphand-Parvus angestrebte Zusammenbruch des Zarismus sollte durch einen bewaffneten Konflikt der „imperialistischen“ Staaten erreicht werden. „Ein auf diese Weise ausgeübter ‚Zweifrontenkrieg‘ auf Russland – durch äussere Aggressoren und innenpolitische Unruhen – würde schließlich zur Revolution und damit zum Sturz des Zaren führen“.<sup>69</sup> Nach dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges veröffentlichte Helphand-Parvus 1904 eine Reihe von Artikeln unter dem Gesamttitel „Krieg und Revolution“, in denen er die unvermeidliche und bittere Niederlage Russlands vorhersagte, in deren Folge eine Revolution im Zarenreich ausbrechen und die Fundamente der ganzen kapitalistischen Welt erschüttern werde.<sup>70</sup> Auch in einer 1911 verfassten Schrift prophezeite Helphand-Parvus: „Der Krieg treibt die kapitalistischen Gegensätze auf die Spitze. Ein Weltkrieg kann nur noch mit einer Weltrevolution abschließen“.<sup>71</sup>

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, befand sich Helphand-Parvus in Konstantinopel, wo er seit 1910 als Korrespondent sozialistischer Zeitschriften tätig war, mit Finanzspekulationen und Waffenhandel ein großes Vermögen erwarb und der „jungtürkischen“ Regierung als ökonomischer und politischer Berater diente. Der ausgebrochene Krieg entsprach völlig seinen Erwartungen vom militärischen Konflikt, nur durch ihn, so hoffte er, würde der bürgerliche Nationalstaat zusammenbrechen, was den Weg zum Sozialismus ebnen sollte.<sup>72</sup> Noch ehe die deutsche Kriegserklärung an Russland übermittelt war, rief er zum Kampf auf der Seite Deutschlands gegen Russland als „Befreiungskampf gegen den Zarismus“ auf.<sup>73</sup> Alle Hoffnungen setzte er – angesichts des Zieles alle ideologischen Differenzen überwindend – auf die deutsche Militärmacht, durch deren Sieg er sich den Sturz des Zarismus erhoffte. „Ich wollte“ – erklärte er im Dezember 1919 – „den Sieg der Zentralmächte, weil ich der Reaktion eines siegreichen Zarismus und dem Imperialismus der Entente vorbeugen wollte, und weil ich annahm,

<sup>67</sup> L. Luks, *Heiligt der Zweck die Mittel? Lenins Zusammenarbeit mit dem Wilhelminischen Reich...*, op.cit., S. 357.

<sup>68</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 29.

<sup>69</sup> Ch. Scheidemann, *Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau...*, op.cit., S. 295.

<sup>70</sup> M. Smoleń, *Parvus Aleksander*, in: *Encyklopedia „białych plam“* [Enzyklopädie der „weissen Flecken“]. Tom [Band] XX. *Suplement*, Polskie Wydawnictwo Encyklopedyczne, Radom 2006, S. 101.

<sup>71</sup> Ch. Scheidemann, *Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau...*, op.cit., S. 296.

<sup>72</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 109.

<sup>73</sup> *Ibidem*, S. 108.

dass in einem siegreichen Deutschland die Sozialdemokratie stark genug sein würde, um das Regime zu ändern“.<sup>74</sup>

Seine konkreten Aktionspläne trug er Anfang Januar 1915 dem deutschen Botschafter in Konstantinopel vor. Als Doppelziel nannte er den Sturz des Zarentums und die Aufteilung Russlands in kleinere Staaten; die Absicht der territorialen Aufteilung und einer generellen Schwächung Russlands deckte sich mit der deutschen Kriegszielpolitik. „Die russische Demokratie“ – stellte er fest – „könne nur durch vollkommene Zertrümmerung des Zarismus und die Zerteilung Russlands in kleinere Staaten ihre Ziele erreichen. Deutschland andererseits werde nicht einen vollen Erfolg haben, wenn es nicht gelinge, eine große Revolution in Russland zu entfachen. Die russische Gefahr werde aber auch nach dem Krieg bestehen bleiben, solange das Russische Reich nicht in einzelne Teile zerlegt sei. Die Interessen der deutschen Regierung seien mit denen der russischen Revolutionäre identisch“.<sup>75</sup>

Helphand-Parvus wurde nach Berlin gerufen (man hob die 1893 gegen ihn ausgesprochene preußische Deportations-Order auf), wo er seine Ideen in einer großen Denkschrift unter dem Titel „Vorbereitung eines politischen Massenstreiks in Russland“ zusammengefasst hatte, die er Anfang März 1915 dem Auswärtigen Amt vorlegte.<sup>76</sup> Darin beschrieb er detailliert alle Maßnahmen, die er zum Erreichen seines Zieles, „den Zarismus zu Fall zu bringen, Russland auf seinen Kernstaat zu reduzieren und die Arbeiterschaft zur herrschenden Klasse zu machen“<sup>77</sup> für notwendig erachtete. Der Schwächung des Zarenreiches sollte vor allem die Kombination von revolutionärer und nationaler Erhebung dienen.<sup>78</sup> Einerseits sollte unter der Losung „Freiheit und Frieden“ ein politischer Massenstreik in Russland vorbereitet werden, der vor allem Industriegebiete, Waffenfabriken, Werften und Eisenbahnverbindungen erfassen und den Anstoß zur Revolution geben würde. Das Leben des Zarenreiches sollte auch durch terroristische Aktionen gelähmt werden: überall wollte Parvus die Eisenbahnbrücken sprengen und in Baku die Ölquellen in Brand setzen. Andererseits sah er die Aufwiegelung nationaler Minderheiten vor, besondere Aufmerksamkeit wurde der Unterstützung der Sezessionsbestrebungen in Finnland, der Ukraine und dem Kaukasus geschenkt. Alle diese Maßnahmen mussten durch propagandistische Infiltration Russlands und der internationalen Presse ergänzt werden. Man sollte die ausländischen Zeitungen benutzen, um gegen die Zarenregierung Stimmung zu machen und die Haltung neutraler Länder zugunsten eines Kriegseintritts auf Seiten Deutschlands beeinflussen. Besondere Bedeutung musste einer antirussi-

<sup>74</sup> W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S.14.

<sup>75</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 127.

<sup>76</sup> *Anhang. Der Plan für die russische Revolution*, in: E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 379-392; auch: *Memorandum von Dr. Helphand*, in: W. B. Scharlau, Z. A. Zeman, *Freibeuter der Revolution...*, op.cit., S. 361-374.

<sup>77</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 121.

<sup>78</sup> *Ibidem*, S. 132.

schen Agitation in Nordamerika beigemessen werden, weil die russisch-jüdischen Einwanderer „ein sehr empfängliches Element“ für die antizaristische Propaganda bildeten; Helphand-Parvus hoffte, eine starke Bewegung gegen das Zarentum unter den russischen Juden würde auch das Auftreten der deutschstämmigen Amerikaner begünstigen und auf die allgemeine öffentliche Meinung Amerikas ausstrahlen. Die Verwirklichung des Planes sollte den Sturz der Zarenregierung, „der Hochburg der politischen Reaktion in Europa“, zur Folge haben; eine provisorische Regierung, die durch die revolutionäre Bewegung eingesetzt werden sollte, würde „die Frage des Waffenstillstandes und des Friedensschlusses auf die Tagesordnung bringen.“ Nur unter der Leitung der Bolschewiki – darüber bestand nicht der mindeste Zweifel – konnten die in der Denkschrift vorgeschlagenen Aktionen in die Tat umgesetzt werden. Von der deutschen Regierung erwartete Helphand-Parvus „[f]inanzielle Unterstützung der sozialdemokratischen Majoritätsfraktion [also die Bolschewiki – J.K.], die den Kampf gegen die zaristische Regierung mit allen Mitteln fortführt“. „Die Führer“ – fügte er hinzu – „sind in der Schweiz aufzusuchen.“

Dieser teuflische Plan hat seinen Eindruck auf die deutsche Regierung nicht verfehlt: Helphand-Parvus wurde Berater der Reichsleitung in Fragen der russischen Revolution und erhielt beträchtliche Geldsummen, um die innere Zerstörung des russischen Reiches zu fördern. Als Stützpunkt seiner subversiven und zugleich gewinnbringenden Tätigkeit wählte Helphand-Parvus Kopenhagen, wo er in Absprache mit dem Auswärtigen Amt zwei Unternehmen gründete. Seine Import-Exportfirma diente als offizielle Einnahmequelle (man verkaufte die Waren jenseits der russischen Grenzen auf dem Schwarzmarkt) und zugleich als Deckmantel für revolutionäre Zwecke: dank ihrer Gründung konnten die deutschen Förderer der Revolutionsarbeit die Zahlungen an die Bolschewiki in Russland hinter kommerziellen Aktivitäten verbergen. Parallel agierte das „Institut zur Erforschung der sozialen Folgen des Krieges“, dessen Mitarbeiter offiziell wissenschaftliche Studien betrieben, in Wirklichkeit aber als Agenten für subversive Aktivitäten, gefördert durch deutsche Geldmittel, tätig waren.<sup>79</sup> Für Helphand-Parvus arbeiteten die führenden Revolutionäre der Lenin-Partei, unter anderem Lenins Vertrauter Jakob Fürstenberg-Hanecki, der nach der Oktoberrevolution Leiter der sowjetischen Nationalbank wurde, und Moisej Uritzki, der nach der Oktoberrevolution Chef der Petrograder Geheimpolizei, der sogenannten Tscheka, wurde. Einen ausgezeichneten Einblick in die über Skandinavien laufenden Beziehungen zwischen Berlin und den Revolutionären in Russland besaß der deutsche Gesandte in Kopenhagen, Ullrich von Brockdorff-Rantzau, der sich rückhaltlos hinter Helphands subversive Aktionen gestellt hatte und stets für sie um finanzielle Unterstützung in Berlin warb. Den deutschen Diplomaten, der aus altem Adel stammte, quälten keine Skrupel, was die Zukunft der monarchischen Ordnung in Russland betraf. Seiner Ansicht nach hatte der Zar („Dieser schwache und unaufrichtige Herrscher“)

---

<sup>79</sup> Ibidem, S. 154.

jedes Mitgefühl und „das Recht auf Schonung“ von deutscher Seite verwirkt. Dem deutschen Diplomaten zufolge hat Zar Nikolaus sowohl außen- als auch innenpolitisch versagt: „außenpolitisch aufgrund der russischen Machtpolitik und des – wie Rantzau es verstand – provozierten Krieges sowie durch seine Abhängigkeit von seinen Verbündeten; innenpolitisch wegen seiner Unfähigkeit, das Reich und die Gesellschaft mit der Monarchie zu solidarisieren“.<sup>80</sup> „Es wäre ein folgenschwerer Irrtum“ – schrieb er am 6. Dezember 1915 – „jetzt noch traditionelle Beziehungen zu Russland, d.h. zum Hause Romanow, ernstlich in die Waagschale legen zu wollen. Das Haus Romanow hat die traditionelle Freundschaft, die ihm in schicksalsschweren Stunden treu gehalten wurde, durch schnöden Undank verscherzt“.<sup>81</sup>

Dem deutschen Diplomaten zufolge stand die Existenz Deutschlands auf dem Spiel: nur durch die Revolutionierung Russlands, die dessen Ausscheiden aus dem Ring der Entente zur Folge haben sollte, konnte die drohende Gefahr einer völligen Erschöpfung Deutschlands gebannt werden. Er war überzeugt, dass der Sieg und „als Preis der erste Platz in der Welt“ Deutschland gebührten, „wenn es gelingt, Russland rechtzeitig zu revolutionieren und dadurch die Koalition zu sprengen“.<sup>82</sup> Seiner Meinung nach dürfe ein nicht auf einem eindeutigen deutschen militärischen Sieg beruhender Verständigungsfrieden mit Russland nicht angestrebt werden. Die wegen des Menschenpotenzials, der Weite des Landes und dessen Rohstoffe drohende Gefährdung durch den „russischen Koloss“ musste ein für allemal beseitigt werden, dazu eigneten sich am besten derart extreme und unkonventionelle Mittel wie die Revolutionierungsmaßnahmen. Als Fernziel schwebte dem deutschen Diplomaten ein von der Romanow-Dynastie „befreites“, territorial verkleinertes und als bescheidener Staat in „vorpetrinischer Größe“ ganz vom großen deutschen Nachbarn abhängiges Russland vor: die Anbindung eines territorial reduzierten Russland an die deutsche Grossmacht würde dem wilhelminischen Reich dazu verhelfen, „dem Englischen Kolonialreich Paroli zu bieten und dessen Vormachtstellung zu brechen“.<sup>83</sup>

### 3. „Pestbazillus“ im versiegelten Zug

Der berühmte Transport Lenins durch Deutschland im April 1917 stellte zweifellos den Höhepunkt der deutschen Revolutionierungspolitik während des Ersten Weltkrieges dar. Die deutschen Erwartungen beschrieb General Max Hoffmann folgendermaßen: „Wir Deutschen, im Kriege mit Russland, hatten unzweifelhaft das

<sup>80</sup> Ch. Scheidemann, *Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau...*, op.cit., S. 310.

<sup>81</sup> Ibidem, S. 309; auch: F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 130.

<sup>82</sup> Ibidem.

<sup>83</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 196; Ch. Scheidemann, *Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau...*, op.cit., S. 310-311. Auch in den 20er Jahren hegte Brockdorff-Rantzau noch die Hoffnung, „Russland von der deutschen Wirtschaftsmacht abhängig zu machen und damit ein starkes außenpolitisches Gegengewicht zu den Westmächten schaffen zu können“, ibidem, S. 311.

Recht, als die russische Revolution nicht, wie zuerst behauptet, den Frieden brachte, die Unruhen der Revolution im Lande und im Heere zu vergrößern. Ebenso wie ich Granaten gegen den feindlichen Schützengraben schieße, wie ich Giftgase gegen ihn ablasse, habe ich als Feind das Recht, die Mittel der Propaganda gegen seine Besatzung anzuwenden“.<sup>84</sup> Andere Beobachter beurteilten den Vorgang hingegen viel dramatischer: „Millionen vernichtender Geschosse“ – so der Schriftsteller Stefan Zweig – „sind in dem Weltkrieg abgefeuert worden, die wuchtigsten, die gewaltigsten, die weithintragendsten Projektile von den Ingenieuren ersonnen worden. Aber kein Geschöß war weittragender und schicksalsentscheidender in der neueren Geschichte als dieser Zug, der, geladen mit den gefährlichsten, entschlossensten Revolutionären des Jahrhunderts, in dieser Stunde von der Schweizer Grenze über ganz Deutschland saust, um in Petersburg zu landen und dort die Ordnung der Zeit zu zersprengen“.<sup>85</sup> Dem späteren britischen Premierminister Winston Churchill zufolge sind die Deutschen gegen Russland mit der „grauenvollsten aller Waffen“ vorgegangen, indem sie „Lenin in einem plombierten Wagen wie einen Pestbazillus von der Schweiz hinein nach Russland“ transportierten.<sup>86</sup> Der „Pestbazillus“ sollte in Russland eine ansteckende und äußerst gefährliche Infektionskrankheit hervorrufen, von der Ansteckung sollten allerdings die Deutschen selbst geschützt werden. Noch wenige Monate zuvor waren über dreißig deutsche Soldaten hingerichtet worden, weil sie unter Kameraden an der Front das Kientaler Manifest mit Lenins Friedensparole („Bürgerkrieg statt imperialistischer Krieg“) verteilt hatten.<sup>87</sup>

Die ersten Anzeichen für einen russischen Ausstieg aus der gegnerischen Allianz deuteten sich mit dem Ausbruch der sogenannten Februarrevolution an, in deren Folge Zar Nikolaus II. am 15. März 1917 seine Abdankung unterzeichnete und die Provisorische Regierung, gestützt auf die bürgerlich-liberale Mehrheit in der Duma, die Macht übernahm. Neben der Provisorischen Regierung, die über den Staatsapparat verfügte, standen jedoch vom ersten Tag der Revolution an die sozialistischen Sowjets, so dass man von einer „Doppelherrschaft“ sprechen konnte. Während die Provisorische Regierung am 18. März 1917 den Gedanken an einen Sonderfrieden zurückwies und für die Fortsetzung des Krieges eintrat, rief der Petrograder Sowjet am 27. März in einer Proklamation „An die Völker der Welt“ dazu auf, den Krieg durch einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ zu beenden. Diese Ereignisse gaben der deutschen Führung „den willkommenen Ansatz zur Aktivierung ihrer Revolutionierungs- und Sonderfriedensbestrebungen“.<sup>88</sup>

<sup>84</sup> M. Hoffmann, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*, Hase und Koehler, Leipzig [1939], S. 128.

<sup>85</sup> S. Zweig, *Sternstunden der Menschheit. Zwölf historische Miniaturen*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1995, S. 250.

<sup>86</sup> W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 4.

<sup>87</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 267.

<sup>88</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 306.

Die veränderte Situation analysierte grundlegend der Gesandte in Kopenhagen Brockdorff-Rantzau in seinem am 2. April 1917 abgefassten Bericht an das Auswärtige Amt.<sup>89</sup> Seiner Meinung nach gab es angesichts der russischen Revolution zwei Möglichkeiten. Wenn das Reich nicht in der Lage sei, „den Krieg bis zum Ende dieses Jahres mit Aussicht auf Erfolg fortzusetzen, so müsste eine Annäherung an die jetzt an der Macht befindlichen gemäßigten Parteien in Russland versucht und diesen die Überzeugung beigebracht werden, dass, wenn sie auf der Fortführung des Krieges bestehen, sie damit nur die Geschäfte Englands besorgen, einer Reaktion die Wege ebnen und so freiheitliche Errungenschaften selbst gefährden würden“. Sollte aber – und für diese Möglichkeit plädierte Brockdorff-Rantzau – Deutschland in der Lage sein, „militärisch wie wirtschaftlich den Krieg bis zum Herbst erfolgreich fortzusetzen“, könne es mit einer aktiven und destruktiven Machtpolitik die innere Zersetzung Russlands beschleunigen. Brockdorff-Rantzau schlug der deutschen Regierung vor, jetzt unbedingt „in Russland ein größtmögliches Chaos zu schaffen“ und vor allem die extremen Elemente zu begünstigen, „weil dadurch gründlichere Arbeit besorgt und ein schneller Abschluß herbeigeführt wird“. Zu diesem Zweck sollte jede nach außen erkennbare Einmischung in den Gang der russischen Revolution vermieden werden; dagegen sollten die Deutschen „alles daran setzen, unter der Hand die Gegensätze zwischen den gemäßigten und den extremen Parteien zu vertiefen, denn wir haben das größte Interesse daran, dass die letzteren die Oberhand gewinnen, weil dann die Umwälzung unvermeidlich und Formen annehmen wird, die den Bestand des russischen Reichs erschüttern müssen“. Brockdorff-Rantzau hoffte: „In etwa drei Monaten dürfte aller Voraussicht nach damit zu rechnen sein, dass die Zersetzung genügend vorgeschritten ist, um durch ein militärisches Eingreifen unsererseits den Zusammenbruch der russischen Macht zu gewährleisten“. Er warnte vor einer vorzeitigen Offensive gegen Russland, die allen zentrifugalen Kräften den Anlaß geben würde, „sich zusammenzufinden und vielleicht auch die Armee in dem Kampfe gegen Deutschland zu einigen“.

„Damit ist praktisch“ – so der Herausgeber der deutschen Akten, Werner Hahlweg – „die Grundkonzeption der deutschen Russlandpolitik vom Frühjahr 1917 und darüber hinaus bis zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk umrissen“.<sup>90</sup> Die Begünstigung des extremen Elements, d.h. der äußersten Linken, implizierte die Überführung der russischen Emigranten um Lenin aus dem Schweizer Exil nach Russland. Schon wenige Tage nach dem Umsturz in Russland sandte Brockdorff-Rantzau seinen Vertrauten Helphand-Parvus nach Berlin, wo dieser dem Reichskanzler die Entsendung Lenins durch deutsches Gebiet nach Petrograd vorschlug. Dem Vorschlag stimmten die Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung zu. Auch Lenin und seinen Genossen war das Kooperationsangebot der Deutschen sehr willkommen:

<sup>89</sup> Die folgenden Zitate aus: *Der Gesandte in Kopenhagen Graf von Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt*, in: W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 47-49.

<sup>90</sup> W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 12.

am 23. März 1917 teilte der Gesandte in Bern, Romberg, dem Auswärtigen Amt mit, dass „hervorragende hiesige Revolutionäre“ zur Rückkehr nach Russland drängen und den Weg über Deutschland nehmen wollen.<sup>91</sup> Am selben Tag telegraphierte der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Arthur Zimmermann, an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier, Kurt von Lersner: „Da wir Interesse daran haben, dass der Einfluss des radikalen Flügels der Revolutionäre in Russland Oberhand gewinnt, scheint mir eventuelle Durchreise-Erlaubnis durch Deutschland angezeigt. Ich möchte daher Gewährung befürworten“.<sup>92</sup> Darauf antwortete Lersner: „Gegen Durchreise russischer Revolutionäre keine Bedenken, wenn sie im Sammeltransport unter sicherer Begleitung erfolgt“.<sup>93</sup>

Am 9. April 1917 reisten Lenin und seine 31 Mistreiter von Zürich ab; im plombierten Eisenbahnzug wurden die Revolutionäre durch Deutschland nach Skandinavien gebracht, von wo sie die Reise nach Petrograd antreten konnten. Schon auf dem Zürcher Bahnhof rufen den Reisenden andere Russen nach: „Verräter! Wilhelm bezahlt euch die Reise!“<sup>94</sup> In der Tat war der versiegelte Waggon, in dem Lenin mitten im Kriege, unter Billigung der feindlichen Regierung gegnerisches Territorium durchquerte, um die Zersetzung des eigenen Landes voranzutreiben, ein Symbol des Hochverrats. Welche Bedeutung die Deutschen dem Transport beimaßen, geht unter anderem daraus hervor, dass der plombierte Zug – als „wichtiger Diplomaten-Transport“ – überall in Deutschland Vorfahrt genoß, sogar gegenüber dem Sonderzug des preußischen Kronprinzen, der in Halle fast zwei Stunden warten musste, um Lenin und seine Gruppe passieren zu lassen.<sup>95</sup> Das deutsche Interesse an der Rückreise der führenden Revolutionäre nach Russland war so stark, dass die deutsche Regierung besondere, von Lenin bis ins Detail durchdachte Reisebedingungen – bis auf eine unbedeutende Ausnahme – annahm: praktisch diktierte Lenin der deutschen Regierung seine Transitmodalitäten.<sup>96</sup> Unter anderem sah man vor, dass der verantwortliche Transportführer der schweizer Linkssozialist Fritz Platten sein mußte; ausschließlich er durfte mit den deutschen Organen verkehren. Dem Wagen wurde „das Recht der Exterritorialität“ zuerkannt, bei der Durchfahrt durch Deutschland durften keine Pass- oder Personenkontrolle stattfinden; die wahren Ziele des Transports wurden verschleiert durch die Formel vom Austausch „der Reisenden gegen deutsche und österreichische

<sup>91</sup> *Der Gesandte in Bern Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt*, in: W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 65.

<sup>92</sup> *Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationssekretär Freiherrn von Lersner*, in: W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S.65.

<sup>93</sup> *Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationssekretär Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt*, in: W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 66.

<sup>94</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 268.

<sup>95</sup> *Ibidem*, S. 271.

<sup>96</sup> W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 19.

Staatsbürger, die in Russland gefangen oder interniert sind“; für die Reisenden löste Platten Fahrkarten nach normalem Tarif.<sup>97</sup> „So konnte Lenin behaupten, mit keinem Deutschen gesprochen und die Reise aus eigener Tasche finanziert zu haben“.<sup>98</sup> Tatsächlich aber stand der Zug in Berlin fast 24 Stunden auf einem Abstellgleis, was ein Treffen Lenins mit den Vertretern der deutschen Regierung zumindest zeitlich ermöglicht hätte; ein Tagebucheintrag Kurt Riezlers, des persönlichen Mitarbeiters des Reichskanzlers und Mitautors des Septemberprogramms, gibt zu solchen Spekulationen Anlass. In einem Eintrag mit Datum vom 13. April 1917 gibt er sich sicher, dass in ein paar Wochen Russland zu grossen Konzessionen bereit sein wird.<sup>99</sup>

Am 16. April 1917 traf Lenin über Finnland in Petrograd ein; in der Zeitung „Prawda“ veröffentlichte er seine berühmt gewordenen „Aprilthesen“, in denen er die sofortige Beendigung des Krieges verlangte; im kriegsmüden Land fand die Forderung Lenins Zuspruch. Der Leiter der deutschen Abwehr in Stockholm, Hans Steinwachs, konnte also zu Recht am 17. April drahten: „Lenin[s] Eintritt in Russland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch“.<sup>100</sup>

#### 4. Brest-Litowsk

Am 7. und 8. November 1917 kamen die Bolschewiki durch einen Putsch in Petrograd an die Macht; die Entente-freudlich gesonnene Provisorische Regierung wurde gestürzt. Dem Karrierediplomaten Kurt Riezler, der bei der Formulierung des Septemberprogramms im Jahre 1914 eine Schlüsselrolle gespielt hatte und der im Oktober 1917 Leiter einer für die Bearbeitung russischer Angelegenheiten eingerichteten Abteilung bei der deutschen Gesandtschaft in Stockholm wurde, erschien der bolschewistische Staatsstreich als ein „Wunder zu unserer Rettung“.<sup>101</sup> Diesem Wunder hat jedoch die deutsche Führung fleißig und großzügig mit Geldmitteln nachgeholfen. Dem deutschen Sozialdemokraten Eduard Bernstein zufolge stellte die deutsche Regierung der Partei Lenins in den Jahren 1917/1918 etwa 50 Millionen Goldmark zur Verfügung,<sup>102</sup> die Summe entsprach dem Wert von mindestens 9 Tonnen Gold.<sup>103</sup> „Mit gutem Grund“ – so der Historiker Ernst Nolte – „konnte der Staatssekretär von Kühlmann [Zimmermanns Nachfolger] daher im September [1917] schreiben,

<sup>97</sup> *Der Gesandte in Bern Freiherr von Romberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg; Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes von Stumm an den Gesandten in Bern Freiherrn von Romberg*, in: W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 85-86.

<sup>98</sup> K. Wiegrefe et al., *Revolutionär Seiner Majestät...*, op.cit., S. 44.

<sup>99</sup> K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 426; H. Roewer, *Kill the Huns – Tötet die Hunnen ! Geheimdienste...*, op.cit., S. 381-383.

<sup>100</sup> W. Hahlweg (Hrsg.), *Lenins Rückkehr nach Russland 1917...*, op.cit., S. 105.

<sup>101</sup> K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 454.

<sup>102</sup> D. Wolkogonow, *Lenin. Prorok raju, apostol piekla* [engl. Original-Ausgabe: *Lenin Life and the Legacy*], Wydawnictwo Amber, Warszawa 2006, S. 142.

<sup>103</sup> R. Pipes, *Rewolucja rosyjska* [engl. Original-Ausgabe: *The Russian Revolution*], Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa 1994, S. 329.

ohne die stetige weitgehende Unterstützung durch die deutsche Regierung hätte die Bolschewiki-Regierung nie den Umfang annehmen und den Einfluß erringen können, den sie heute besitzt“.<sup>104</sup> Schon nach der erfolgreichen Oktoberrevolution konnte Kühlmann feststellen: „Erst die Mittel, die den Bolschewiken auf verschiedenen Kanälen und wechselnder Etikette von unserer Seite dauernd zuflossen, haben es ihnen ermöglicht, die ‚Prawda‘, ihr Hauptorgan, auszugestalten, eine rege Agitation zu betreiben und die anfangs schmale Basis ihrer Partei zu verbreitern“.<sup>105</sup> Nur dank der deutschen finanziellen Unterstützung konnten die Bolschewiki eine so gewaltige Propagandamaschinerie aufbauen: im Juli 1917 gab die Partei Lenins 41 Zeitungen mit einer Tagesauflage von 320 000 Exemplaren heraus.<sup>106</sup> Die dadurch mögliche propagandistische Tätigkeit, deren wichtigste Parole „Frieden“ lautete, beschleunigte die Auflösungsstendenzen im Heer und in der Flotte und verhalf den Bolschewiken zu mehr Zulauf in Zivilbevölkerung und Armee.

Dem Bericht Kurt Riezlers an den Reichskanzler vom 12. November 1917 ist zu entnehmen, dass die deutschen Russlandexperten keine Illusionen hegten, was die Zukunft Russlands unter der bolschewistischen Herrschaft betraf. Der deutsche Diplomat teilte mit, dass die Bolschewiki „die revolutionäre Diktatur eines kleinen Komitees entschlossener Führer“ wollen und fügte hinzu: „Falls die Herrschaft der Bolschewiki sich in Russland auch nur einige Wochen hält, dürften dem Lande Schrecken bevorstehen, wie sie auch Frankreich unter Marat kaum gekannt hat“.<sup>107</sup> „Abscheu“ und sogar „abgründigen Haß gegen die (...) verderbenbringende Lehre und Praxis des Bolschewismus“ empfand Walther Freiherr von Keyserlingk, der als Bevollmächtigter der Obersten Heeres- und Seekriegsleitung einer gemischten Kommission zur Regelung der Kriegsgefangenenfrage unter dem Grafen Wilhelm von Mirbach-Harff beigegeben war, die vom 28. Dezember 1917 bis zum 14. Februar 1918 in Petrograd weilte. Während seiner siebenwöchigen Tätigkeit in Russland hat Keyserlingk elf „militärpolitische Berichte“ an seinen Vorgesetzten, Admiralstabschef Henning von Holtzendorff gesandt.<sup>108</sup> Die bolschewistische Herrschaft bezeichnete er als „den regierenden Wahnsinn“ und schrieb vom ins Ungemessene gewachsenen „sozialistischen Größenwahn“. „Die Selbstherrschaft“ – stellte er am 21. Januar 1918 fest – sei jetzt „in Lenin und Trotzki verkörpert“. „Das Bild des täglichen Lebens zeigt überall unbeschreibliche Zersetzung ohne Aussicht auf Ordnung des Chaos“.<sup>109</sup>

<sup>104</sup> E. Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Herbig, München 1997, S. 78.

<sup>105</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 309.

<sup>106</sup> D. Wolkogonow, *Lenin...*, op.cit., S. 138.

<sup>107</sup> *Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Stockholm, 12. November 1917*, in: K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 682-684. Riezler erwähnte hier den Jakobiner Jean Paul Marat, der während der Französischen Revolution Furcht und Schrecken verbreitete.

<sup>108</sup> W. Baumgart, *Die militärpolitischen Berichte des Freiherrn von Keyserlingk aus Petersburg Januar-Februar 1918*, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, Heft 1/1967, S. 87-104.

<sup>109</sup> Dokument 4, in: *ibidem*, s. 95-96.

Am 28. Januar schrieb Keyserlingk, der die Schrecklichkeit der bolschewistischen Herrschaft auf die jüdische Herkunft der Mehrheit der bolschewistischen Führer zurückführte: „Dem hier Mitlebenden wird täglich klarer, welche Kräfte am Werke sind. Im alten Russland lastete der grausamste Druck auf den Juden. Der Gegendruck ihrer recht bedeutenden Zahl war daher größer als der von den anderen Volksmassen ausgehende. Mit der Revolution brach diese Rasse, verstärkt durch ihre in allen Ländern tätig gewesenenen ausgewiesenen Brüder, am kräftigsten hervor, nahm die Führung und suchte ihren Halt in dem niedersten, am leichtesten zu beschwätzenden Pöbel.“ Keyserlingk fügte hinzu: „Die ganze Regierung außer Lenin sind Juden, alle Mithelfer sind Glaubensgenossen, der Jude macht sich jetzt auf Schritt und Tritt auffallend bemerkbar, sein Einfluß greift tief in die Armee und Flotte hinein. Ihr Kampf geht gegen ihre früheren Peiniger, die besitzende und regierende Klasse, also kurzweg die sogenannte Bourgeoisie. Kein engeres Vaterland kennend prägten sie das dem Pöbel schnell gefallende Schlagwort der Selbstbestimmung der Völker. Ihre eigene Vaterlandslosigkeit erfand den Lockruf vom Internationalismus. Auf zwei Dinge richtet sich ihr Rachekampf: Zerstörung der bewaffneten Macht, durch die ihnen viel Kummer in abscheulichen Grausamkeiten zugefügt worden ist und – Beseitigung der ihnen in Handel und Gewerbe hinderlichen Kräfte, der Kapitalisten. So treiben sie, die Anstifter dieser furchtbaren Bewegung, die dumme Masse des russischen Volkes und gar zu gern auch die leider in dem Haß gegen Staatsmacht und Kapitalismus sich mit ihnen treffenden christlichen Unzufriedenen aller anderen Länder in eine dunkle Zukunft, die letzten Endes dem Judentum allein Genugtuung und reichen Gewinn bringen kann“.<sup>110</sup>

Für die deutsche Führung zählte allerdings nur, dass Lenins Machtergreifung den Weg frei machte für ein Ausscheiden Russlands aus dem Krieg und damit einen Sonderfrieden im Osten. Der ersehnte Sonderfriede sollte, so hoffte man in Berlin, nicht nur Truppen für die Westfront freisetzen und den Endsieg über die Westmächte ermöglichen, sondern auch die schon im Septemberprogramm angekündigte Abdrängung Russlands von der deutschen Grenze verwirklichen. Zur Hauptwaffe der deutschen Machtausdehnung und der territorialen Neuordnung Ostmitteleuropas unter deutscher Vorherrschaft sollte – „in geschickter Anpassung an die Grundströmung der Zeit“<sup>111</sup> – das Selbstbestimmungsrecht der Völker werden. Bereits am 31. Mai 1917 umriss der Generalmajor Max Hoffmann, Chef des Stabes Oberost, die Absichten, die später in Brest-Litowsk verwirklicht wurden: „Es wäre eine Formel denkbar, nach der Deutschland auf Annexionen verzichtet, Russland aber in Anerkennung des Grundsatzes von der Freiheit der kleinen Nationen die jetzt von uns besetzten Länder aus seinem Staatsverband entlässt, damit Deutschland ihre künftige politische Gestaltung regelt“.<sup>112</sup>

<sup>110</sup> Dokument 5, in: *ibidem*, S. 96-97.

<sup>111</sup> Zitiert nach: G. Mai, *Das Ende des Kaiserreichs...*, op.cit., S. 133.

<sup>112</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 396.

Bereits am 3. Dezember 1917 wurden in Brest-Litowsk, dem Sitz des deutschen Oberbefehlshabers Ost, die Gespräche zwischen den Mittelmächten und dem bolschewistischen Russland aufgenommen, die am 15. Dezember zu einem Waffenstillstandsabkommen führten; am 22. Dezember begannen die Friedensverhandlungen. Die deutsche Delegation leitete der Staatssekretär des Äußeren Richard von Kühlmann; ihm wurde aber als Vertreter der Obersten Heeresleitung der oben zitierte Generalmajor Max Hoffmann zur Seite gestellt; an der Spitze der bolschewistischen Delegation erschienen: zunächst Adolf Abramowitsch Joffe (der spätere sowjetische Botschafter in Berlin), in der zweiten Phase der Verhandlungen der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Leo Dawidowitsch Trotzki (eigentlich Leib Bronstein).

Von Anfang an machte sich eine tiefe Kluft zwischen den Teilnehmern der Verhandlungen bemerkbar: „Historische Umstände hatten es gefügt,“ schrieb Trotzki in seiner Autobiographie, „dass die Delegierten des revolutionärsten Regimes, das die Menschheit je gekannt hat, an einem Tisch sitzen mußten mit den diplomatischen Vertretern der allerreaktionärsten Kaste unter den regierenden Klassen.“<sup>113</sup> Gegenüber den steifen, adeligen, gut erzogenen, meist preußischen und österreichischen Diplomaten und Offizieren saß eine bolschewistische Delegation, deren Zusammensetzung bestätigte, dass man es wirklich mit „regierendem Wahnsinn“ (Keyserlingk) zu tun hatte, dem Russland – mit erheblicher Hilfe der deutschen Regierung – verfallen war. Botschafter Kajetan von Mérey, der hinter den Kulissen die österreichisch-ungarische Delegation leitete, charakterisierte die an den Verhandlungen teilnehmenden Bolschewiki als „eine merkwürdig zusammengewürfelte Gesellschaft, wie sie wohl noch nie in der Geschichte bei einem solchen Anlasse auftrat! Einige darunter wahre Bassermansche Gestalten. Sie besteht im ganzen aus 28 Personen, davon 9 begleitendes Unterpersonal. Die Delegierten teils Zivil, teils Militär, eine Frau (!). Die Zivilisten, darunter auch der Führer dieser ganzen Menagerie, unverkennbare Berufs-Revolutionäre mit stark semitischen Einschlag.“<sup>114</sup> Weil die bolschewistische Delegation sich als Vertretung der „werk tätigen Massen“ legitimieren wollte, gehörten ihr ein Soldat, ein Matrose, ein Arbeiter, ein Bauer und eine Frau an; die Frau hieß Anastasia Bizenko. Wegen eines politischen Mordes verbrachte sie 17 Jahre in Sibirien in Verbannung, erst vor kurzem war sie befreit worden. Eine besonders eigenartige Erscheinung war der Bauer Roman Staschkow, der seine Präsenz bei den Verhandlungen purem Zufall verdankte: der russischen Delegation war erst auf dem Weg zum Bahnhof – so die Historikerin Elisabeth Heresch – „angesichts eines müde dahinwankenden Bauern eingefallen, dass sie vergessen hatten, einen Vertreter dieses Standes mitzunehmen. Sie boten ihm an, ihn im Wagen zu seinem Ziel zu befördern. Die Folge war eine regelrechte Entführung. Als der Getäuschte protestierte, das sei ja nicht seine Richtung,

<sup>113</sup> V. Ullrich, *Die nervöse Grossmacht...*, op.cit., S. 538.

<sup>114</sup> W. Bihl, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk*, Hermann Boehlaus Nachf., Wien-Köln-Graz 1970, S. 34. „Bassermansche Gestalten“ ist ein heute seltener gebrauchter Ausdruck, der „Gesindel“ und „verdächtige, fragwürdige Individuen“ bedeutet.

fragten ihn die Delegationsmitglieder erst besorgt, welcher Partei er angehöre – linker oder rechter Flügel? – und erklärten erst dann: ‚Gut so. Du fährst jetzt nicht aufs Land, sondern kommst mit nach Brest zum Treffen mit unserem Feind. Wir wollen Frieden mit den Deutschen machen‘.<sup>115</sup> Über das gemeinsame Mittagessen spottete später General Hoffmann folgendermaßen: ‚Ich werde nie das erste Diner mit den Russen vergessen. Ich saß zwischen Joffe und Sokolnikow, dem jetzigen Kommissar für Finanzen. Mir gegenüber saß der Arbeiter, dem viele Geräte der Tafelausrüstung sichtliche Schwierigkeiten machten. Er versuchte dieses und jenes mit den verschiedensten Dingen anzufangen, nur die Gabel verwendete er ausschließlich, um sich die Zähne damit zu reinigen. Schräg gegenüber saß neben dem Fürsten Hohenlohe die Frau Bizenko, auf dessen anderer Seite der Bauer, eine echt russische Erscheinung mit langen grauen Locken und einem urwaldähnlichen rießigen Vollbart. Ein gewisses Lächeln nötigte er der servierenden Ordonnanz nur einmal ab, als ihm Rot- oder Weißwein angeboten wurde und er sich erkundigte, welcher von beiden stärker sei, da er sich für diesen entscheiden wollte‘.<sup>116</sup>

Natürlich dienten solche grotesken Vertreter der ‚werk tätigen Massen‘, wie der oben erwähnte Bauer, nur als Alibifiguren für die bolschewistische Verhandlungsführung, die sich dadurch als ‚politisch korrekt‘ präsentieren konnte.

Die tiefe Kluft, die die Teilnehmer der Friedensverhandlungen trennte, betraf aber nicht nur die Zusammensetzung der Delegationen und die soziale Herkunft ihrer Mitglieder. In Brest-Litowsk konnte man sich vor allem davon überzeugen, wie gegensätzlich die langfristigen Ziele der Teilnehmer des deutsch-bolschewistischen Zweckbündnisses waren. Übereinstimmung zwischen ihnen herrschte nur, was die kurzfristigen Ziele anbelangte. Lenin hatte – so der Publizist Sebastian Haffner – ‚immer den festen Vorsatz gehabt, den Krieg und die russische Niederlage im Krieg zu benutzen, um in Russland die totale sozialistische Revolution durchzuführen. Dabei sollten das Friedensbedürfnis der russischen Massen und auch der russischen Armee als Instrument eingesetzt werden. Lenins Plan deckte sich mit dem deutschen Wunsch, Russland endgültig aus dem Krieg herauszuschlagen‘.<sup>117</sup> Deshalb verhalf die deutsche Regierung dem Bolschewistenführer zur Machtergreifung, indem sie ihn nach Russland im ‚plombierten Zug‘ transportierte und beträchtliche Geldmittel zur Verfügung stellte. ‚Die Oktoberrevolution 1917 war Lenins Sieg; und Lenins Sieg schien der deutschen Reichsleitung auch Deutschlands Sieg – wenigstens im Osten‘.<sup>118</sup> In Berlin glaubte man, dass jetzt nicht nur einem Waffenstillstand, sondern auch einem deutschen Sieg- und Annexionsfrieden im Osten nichts mehr im Wege stehe. Man musste nur weitere Geldmittel nach Petrograd leiten, um die Bolschewiki

<sup>115</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 351-352.

<sup>116</sup> M. Hoffmann, *Der Krieg...*, op.cit., S. 140. Siehe auch: A. Hochschild, *Der Grosse Krieg. Der Untergang des alten Europa im Ersten Weltkrieg 1914-1918*, Klett-Cotta, Stuttgart 2014, S. 389-390.

<sup>117</sup> S. Haffner, *Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick*, Knauer, München 2001, S. 128-129.

<sup>118</sup> *Ibidem*, S. 129.

an der Macht zu halten. Die deutschen Entscheidungsgremien nahmen nämlich an, dass nur ihre bolschewistischen Schützlinge bereit seien, einen solchen Frieden zu akzeptieren; außerdem glaubte man in Berlin, die politische Ohnmacht Russlands könne nur durch die bolschewistische Herrschaft garantiert werden.

Um ihre Herrschaft im ehemaligen Zarenreich zu konsolidieren, brauchten die neuen Machthaber Russlands, die sich der Friedensparole bedienten, um an die Macht zu kommen, tatsächlich unbedingt die Beendigung des Krieges mit dem Deutschen Reich. Bei der Oktoberrevolution dachte Lenin jedoch nicht nur an Russland, sondern auch an die bevorstehende Weltrevolution,<sup>119</sup> dieses fanatisch verfochtene Ziel begannen die Bolschewiki schon in Brest-Litowsk den Forderungen der Mittelmächte entgegenzusetzen.<sup>120</sup> Während Kühlmann und Hoffmann – unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker – danach strebten, die Westgrenzen des russischen Einflusses dauerhaft nach Osten zu verschieben (was die Voraussetzung für die Verwirklichung der deutschen Mitteleuropapläne war), verlegten sich Joffe, und dann Trotzki, auf die Taktik des Hinauszögerns. Die auf Wunsch der Bolschewiki öffentlich geführten Verhandlungen sollten durch Propagandareden, Angriffe auf „Imperialisten“ und endlose Diskussionen und Wortgefechte möglichst in die Länge gezogen und zugleich als agitatorisches Forum genutzt werden, um „der Revolution im Ausland Zeit zur helfenden Entwicklung zu geben“;<sup>121</sup> man setzte also auf Zeitgewinn und Zersetzung der deutschen Truppen. Gegenüber dem österreichisch-ungarischen Außenminister Ottokar Czernin meinte Joffe, er „hoffe aber doch, dass es Russland in einiger Zeit gelingen würde, die Revolution in ganz Europa herbeizuführen und sodann mit den ‚befreiten Völkern‘ Frieden zu machen“.<sup>122</sup> Was Trotzki anbetrifft, so schrieb General Hoffman: „Es ist vielfach darüber diskutiert worden, ob er überhaupt mit der Absicht gekommen ist, einen Frieden zu schließen, oder ob es ihm von vornherein nur darauf ankam, ein möglichst weit sichtbares Podium zu finden zur Propagierung der bolschewistischen Anschauungen“.<sup>123</sup> Keinen Illusionen über den Charakter der bolschewistischen Absichten gab sich Botschafter Mérey hin: „Die russische Delegation“ – stellte er am 13. Dezember 1917 fest – „ist in erster Linie Vertreter der Internationale, sie wollen den Frieden nur aus dem Grund, um sich und ihr Regime in Russland zu festigen, und gleichzeitig wollen sie die Verhandlungen benützen, um ihren Ideen und deren Anwendung in allen Staaten Geltung zu verschaffen“.<sup>124</sup>

Auf Trotzki's Hinhaltepolitik, hinter der sich die Hoffnung auf das baldige Eintreten der Weltrevolution verbarg, reagierte General Hoffmann mit dem berühmten

---

<sup>119</sup> Ibidem.

<sup>120</sup> W. Bihl, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk...*, op.cit., S. 40.

<sup>121</sup> Dokument 6, in: W. Baumgart, *Die militärpolitischen Berichte des Freiherrn von Keyserlingk aus Petersburg...*, op.cit., S. 98-99.

<sup>122</sup> W. Bihl, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk...*, op.cit., S. 40.

<sup>123</sup> M. Hoffmann, *Der Krieg...*, op.cit., S. 150.

<sup>124</sup> W. Bihl, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk...*, op.cit., S. 40.

„Faustschlag“. Am 12. Januar 1918 machte er der bolschewistischen Delegation klar, dass hinter Deutschland die militärische Macht steht, die Bolschewiki haben also keine Bedingungen zu stellen. Genervt gab er zu Protokoll, dass die russische Delegation mit den deutschen Unterhändler spricht, als ob sie siegreich in Deutschland stünde und den Deutschen Bedingungen diktieren könnte; die Tatsachen – stellte er fest – sind aber entgegengesetzt: „Das siegreiche deutsche Herr steht in ihrem Gebiet“. Hoffmann fügte hinzu, die deutsche Oberste Heeresleitung lehnt jede „Einmischung“ in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ab: „Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der Lostrennung von Russland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben“.<sup>125</sup>

Zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen luden die Mittelmächte auch die Vertreter der ukrainischen „Zentralrada“ ein, der selbsternannten ukrainischen Regierung, die in Kiew auf unsicherer Grundlage errichtet worden war. Das Auftreten der Ukrainer in Brest-Litowsk sollte, so hoffte Hoffmann, die Bolschewiki, die sich den deutschen Forderungen stärker als erwartet widersetzen, zu einen rascheren Abschluß der Verhandlungen zwingen.<sup>126</sup> Am 1. Januar 1918 traf die ukrainische Delegation ein, die sich aus „bedeutungslosen Personen, die wenig verstanden“,<sup>127</sup> reinen Marionetten in den Händen der deutschen Generäle, zusammensetzte. Am 9. Februar schlossen die Mittelmächte den Friedensvertrag mit der Ukraine ab, die das polnische Cholmer Land gewann und im Gegenzug umfangreiche Getreidelieferungen an die Mittelmächte zusagte. Dennoch kann der Separatfriede mit der Ukraine keineswegs als „Brotfriede“ (die Formulierung Czernins) gelten. Die eigentlichen Motive der deutschen Ukrainepolitik, die später ihren Niederschlag im Separatfrieden fanden, umriss bereits am 25. Oktober 1917 General Paul von Bartenwerffer gegenüber dem Reichkanzler. Die Lostrennung der Ukraine von Russland, die Bethmann Hollweg bereits im August 1914 als deutsches Kriegsziel aufgestellt hatte, sollte die entscheidende Schwächung Russlands bewirken, das von seiner Korn- und Rohstoffkammer abgeschnitten und vom Schwarzen Meer und den Meerengen abgedrängt werden sollte. Durch die Trennung Russlands von den Balkanvölkern sollte der deutsche Weg von Berlin nach Bagdad sichergestellt werden; es ging auch um die Beschränkung der Polen „durch Ausnutzung des Gegensatzes zwischen Polen und Ukrainern“, man plädierte in der deutschen Führung für „die ‚Einkapselung‘ Polens durch die Erweiterung der Ukraine nach Nordwesten sowie eines von Deutschland abhängigen Litauen nach Südosten“.<sup>128</sup>

<sup>125</sup> 12. 1. 1918: *Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen*, in: W. Hahlweg (Bearb.), *Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages*, Droste Verlag, Düsseldorf 1971, S. 299.

<sup>126</sup> W. Bihl, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk...*, op.cit., S. 76.

<sup>127</sup> R. Dmowski, *Polityka polska i i odbudowanie państwa* [Polnische Politik und Wiederaufbau des Staates], Muzeum Niepodległości w Warszawie, ZP Grupa Sp. z o.o, Warszawa 2008, S. 311.

<sup>128</sup> F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 426-428.

Einen Tag nach dem Abschluß des Sonderfriedens mit der Ukraine brach Trotzki die Verhandlungen in Brest-Litowsk ab. Er bediente sich der Parole „weder Krieg noch Frieden“ und verließ den Verhandlungssaal mit einer Erklärung, über die die deutschen Unterhändler zuerst sprachlos waren: im Wesentlichen besagte sie, dass Russland sich zwar aus dem Krieg zurückziehe und die Feindseligkeiten einstelle, sich jedoch genötigt sähe, auf die Unterzeichnung eines ihm von Deutschland aufgezwungenen annexionistischen Friedens zu verzichten.<sup>129</sup> Trotzki, der geschickt auf Zeit spielte, bezweifelte, dass die Deutschen nach dem Abzug starker Truppenteile an die Westfront die Feindseligkeiten mit Russland wiederaufnehmen würden. Schenkt man den Notizen Lenins Glauben, so hielt er die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen durch Deutschland nur für zu 25 Prozent wahrscheinlich.<sup>130</sup> Falls die Deutschen aber den Krieg doch wieder aufnehmen würden, müßte der Friede unter den deutschen Bajonetten unterschrieben werden. „Dann aber“ – hoffte Trotzki – „wird jeder sehen, dass wir gezwungen worden sind. Wenigstens wird die Legende von unserer heimlichen Verbindung mit den Hohenzollern damit getötet“.<sup>131</sup> Ein unter solchen Umständen unterschriebener Frieden würde die Deutschen endgültig als imperialistische Räuber entlarven, während Russland „in moralischer Hinsicht“ dann „rein vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt“<sup>132</sup> dastehen würde.

Die Frage, die die deutsche Führung spaltete, war, welche Position man zu der unerwarteten Wendung im Verhalten Trotzki – der alle weiteren Verhandlungen ablehnte – einnehmen sollte. Während Kühlmann den dadurch geschaffenen Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden als den günstigsten für Deutschland ansah, weil es in den besetzten Gebieten vollkommen freie Hand hatte („Wer soll uns in Osteuropa mit Gewalt aus den einmal eingenommenen Stellungen herauswerfen?“<sup>133</sup>), war Hoffmann der Meinung, dass die Erklärung Trotzki „nichts anderes als eine Kündigung des Waffenstillstandes“ war. Er wollte die Bolschewiki mit Gewalt zum Abschluß des Friedens zwingen: „Die Kerle“ – warnte Hoffmann – „schlagen sonst die Ukrainer, die Finnländer und Balten tot, schaffen sich in Ruhe eine Revolutionsarmee und stiften Schweinerei in ganz Europa“.<sup>134</sup>

Auf dem entscheidenden Kronrat in Bad Homburg entschied man sich am 13. Februar für die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Osten: am 18. Februar begannen die Deutschen erneut die Offensive. Militärisch konnten die Bolschewiki dem deutschen Druck nichts entgegensetzen, schließlich war die russische Armee mit ihrer eigenen Propaganda moralisch zersetzt worden. „Irgendwelchen Widerstand“

<sup>129</sup> G. Gratz, R. Schüller, *Die äussere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: Mitteleuropäische Pläne*, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1925, S. 153; S. Haffner, *Der Teufelspakt...*, op.cit., S. 45.

<sup>130</sup> W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, R. Oldenbourg Verlag, Wien-München 1966, S. 21, Anm. 41.

<sup>131</sup> S. Haffner, *Der Teufelspakt...*, op.cit., S. 43.

<sup>132</sup> W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918...*, op.cit., S.22

<sup>133</sup> Ibidem, S. 24.

<sup>134</sup> V. Ullrich, *Die nervöse Grossmacht...*, op.cit., S. 542.

– so Max Hoffmann – „leisteten die demoralisierten russischen Truppen nicht mehr, d.h., von Truppen konnte man überhaupt nicht sprechen; es waren eigentlich nur die Stäbe, die zurückgeblieben waren; die Masse der Truppen war bereits nach Hause gegangen. Im Fluge wurde das ganze Livland und Estland besetzt“.<sup>135</sup> Der deutsche Vormarsch zwang die bolschewistische Regierung zur vollständigen Kapitulation.

Der am 3. März in Brest-Litowsk zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten auf der einen und Russland auf der anderen Seite unterzeichnete und am 27. August 1918 in Berlin durch ein Zusatzabkommen ergänzte Friedensvertrag bedeutete eine radikale Dekomposition insbesondere der westlichen Gebiete Russlands: es wurde auf den vorpetrinischen Kern um Moskau zurückgeworfen, sodass es gar nicht verfehlt war, „wenn deutsche Publizisten den neuen Staatsnamen ‚Moskowien‘ in Umlauf zu bringen versuchten“.<sup>136</sup> Zu den gewaltigen Gebietsverlusten, die Russland hinnehmen musste, gehörten: Polen, Litauen, Kurland, Livland, Estland, Finnland, die Aalandinseln und wichtige Gebiete im Kaukasus (Ardahan, Kars und Batum; auch in die von Deutschland geforderte Selbständigkeit Georgiens musste Russland Ende August einwilligen). Gleiches galt auch für die Ukraine – im Brester Vertrag verpflichtete sich Russland, „sofort Frieden mit der Ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen“.<sup>137</sup> Insgesamt verlor Russland 34 Prozent seiner Bevölkerung, 32 Prozent seiner Ackerbaufläche, 54 Prozent seiner Industrie, 89 Prozent seiner Kohlegruben, 33 Prozent seines Eisenbahnnetzes und praktisch die gesamte Baumwoll- und Öl-Produktion;<sup>138</sup> im Finanzabkommen von Ende August verpflichtete sich Russland auch, eine Entschädigung von 6 Milliarden Mark für das während des Krieges in Russland beschlagnahmte deutsche Privatvermögen zu zahlen.

Die Verträge von Brest-Litowsk (mit der Ukraine und mit Russland), denen am 7. Mai 1918 in Bukarest die Unterzeichnung des Friedens mit Rumänien folgte, hatten zur Folge, dass Deutschland das künftige Schicksal eines grossen Gebietsstreifens von Finnland bis zum Kaukasus mehr oder weniger nach Belieben bestimmen konnte: nun stand der Schaffung „Mitteleuropas“ unter Einschluss von Pufferstaaten (wie z. B. Polen oder Litauen) und wirtschaftspolitischen Einflusssphären (wie z. B. Rumänien) nichts im Wege. „Unter dem deutschen Regen“, so der Herausgeber der Wochenschrift „Der Spiegel“ Rudolph Augstein, schossen 1918 Satelliten-Regierungen „wie Pilze aus der

<sup>135</sup> M. Hoffmann, *Der Krieg...*, op.cit., S. 158.

<sup>136</sup> H.-U. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Vierter Band: *Vom Beginn des Ersten Weltkrieges...*, op.cit., S. 152.

<sup>137</sup> *Der Friedensvertrag mit Russland (3. März 1918)*, in: W. Bihl, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk...*, op.cit., S. 147.

<sup>138</sup> Vgl. G. Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland*. Vierter Band: *Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918*, Verlag R. Oldenbourg, München 1968, S. 144-145; H.-U. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Vierter Band: *Vom Beginn des Ersten Weltkrieges...*, op.cit., S. 152.

Erde (...)“<sup>139</sup>; in der Reichsführung schwankte man zwischen Personalunionsplänen mit dem Haus Hohenzollern und der Schaffung von formal eigenständigen, aber mit dem Reich eng verbundenen Staaten: an die Spitze des litauischen Staates wurde z. B. der württembergische Herzog Wilhelm von Urach berufen, der sich König Mindaugas II. nannte und eifrig Litauisch lernte, „das er anzuwenden aber keine Gelegenheit mehr hatte“.<sup>140</sup>

### **5. „Was wollen wir denn im Osten? Die militärische Paralyse Russlands“<sup>141</sup>**

Der Politik gegenüber Sowjetrussland, die das deutsche Auswärtige Amt nach der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk einschlug, lag die feste Überzeugung zugrunde, dass die Interessen Deutschlands nach wie vor seine Orientierung auf die Bolschewiki erforderten. Nach Meinung der deutschen politischen Leitung gab es keine Alternative zu den Bolschewiki, „denn sie allein von allen miteinander rivalisierenden Gruppen in Russland waren auf den Vertrag von Brest-Litowsk angewiesen (...)“<sup>142</sup>; jede andere russische Regierung – glaubte man – würde den Vertrag ablehnen und somit die durch ihn errichtete deutsche Vorherrschaft in Ostmitteleuropa in Frage stellen. Die vom Auswärtigen Amt vertretene Auffassung, dass Deutschland die Bolschewiki nicht fallenlassen sollte, setzte sich gegenüber der obersten militärischen Führung durch: von der Obersten Heeresleitung wurde die bolschewistische Regierung „überhaupt nicht als respektable Regierung anerkannt, so dass man mit den Kräften zusammenarbeitete, die auf eine Beseitigung dieses Regimes drängten“.<sup>143</sup> Ludendorff – der sich der Politik des Verhandeln mit den Bolschewiki beugen musste – schrieb später bedauernd in seinen Erinnerungen: „Militärisch wären wir in der Lage gewesen, mit den Truppen, die wir im Osten hatten, einen kurzen Schlag auf Petersburg, mit Hilfe der Donaukosaken auch einen in Richtung auf Moskau zu führen (...). Wir konnten die uns innerlich so feindliche Sowjetregierung beseitigen und andere Gewalten in Russland fördern, die nicht gegen uns arbeiteten und bereit waren, mit uns zu gehen“.<sup>144</sup> Der politischen Leitung warf Ludendorff vor, sie verkannte die wahren Absichten des Bolschewismus und „hielt ihn für ehrlich oder wollte ihn doch dafür halten“; ihm zufolge ließ sich die

<sup>139</sup> „Der Spiegel“, Nr. 11/1964, S. 41.

<sup>140</sup> O. Janz, *Der Grosse Krieg*, Campus Verlag, Frankfurt am Main-New York 2013, S. 111.

<sup>141</sup> So schrieb am 6. August 1918 Paul von Hintze, der damals an der Spitze des Auswärtigen Amtes stand. Siehe: Anm. 171.

<sup>142</sup> K. D. Erdmann, *Kurt Riezler – ein politisches Profil 1882-1955*, in: K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 101.

<sup>143</sup> G. Böhme, *Vorwort*, In: K. F. von Bothmer, *Moskauer Tagebuch 1918*. Herausgegeben von G. Böhme. Bearbeitet von W. Baumgart, Verlag Ferdinand Schoeningh, Paderborn et al. 2010, S. XII.

<sup>144</sup> E. Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen...*, op.cit., S. 529; siehe auch: G. Rosenfeld, *Sowjet-Russland und Deutschland 1917-1922*, Akademie-Verlag, Berlin (DDR) 1984, S. 78.

deutsche Regierung in ihrem Vertrauen zu den Bolschewiki durch nichts stören und „ging ganz glatt in die ihr vom Bolschewismus gestellte Schlinge, während sie allen anderen Strömungen in Russland misstraute“.<sup>145</sup>

Der Gegensatz zwischen den Anschauungen der Obersten Heeresleitung und denen der politischen Leitung über die Frage der in Russland zu treibenden Politik spiegelte sich unter anderem im gespannten Verhältnis wider, das zwischen dem Major Freiherr Karl von Bothmer und dem ehemaligen Sekretär Bethmann Hollwegs, Kurt Riezler, herrschte. Beide gehörten der nach dem Friedensschluß eingerichteten diplomatischen Vertretung des Deutschen Reiches in Moskau an. Der erste wurde ihr als Beauftragter der Obersten Heeresleitung für Fragen des Eisenbahnverkehrs und des Kriegsgefangenenaustausches zugeteilt, der zweite übernahm den Posten des Botschaftsrates.

Die Mitglieder der Gesandtschaft, deren Leitung dem Grafen Wilhelm von Mirbach-Harff, dem „Aristokraten der alten Schule“,<sup>146</sup> übertragen wurde, kamen Ende April 1918 nach Moskau. Während seines Aufenthalts führte Bothmer ein Tagebuch. Einer Reihe von Eintragungen ist zu entnehmen, welche heftige Abneigung der Vertreter der Obersten Heeresleitung gegen die neuen Machthaber in Moskau empfand und welchen Kulturschock diesem Generalstabsoffizier die Begegnung mit ihnen versetzte; die erstaunlich hohe Anzahl von Juden unter ihnen ist seiner Aufmerksamkeit natürlich nicht entgangen.

Schon am 26. April notierte er: „Der Prozentsatz an Juden in den leitenden Stellen ist ungeheuer. Der reine Hohn auf die Vergangenheit Russlands, in dem bisher der Jude mit allen Schikanen verfolgt und verachtet wurde (...)“.<sup>147</sup> In einem Tagebucheintrag vom 22. Mai sagte Bothmer der bolschewistischen Herrschaft den unvermeidlichen Zusammenbruch voraus: „Von Dauer kann sie schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht sein. Der radikale Kommunismus untergräbt so sehr Handel, Gewerbe und Industrie, auch Landwirtschaft, dass ein lebensfähiges Gebilde einfach nicht entsteht“.<sup>148</sup> Am 25. Juni stellte er fest, „Rote Armee ist lächerlicher Haufe von Menschen, nicht etwa Soldaten“ und fügte hinzu: „Die Herrlichkeit geht zu Ende, ich würde gern mal ein paar hundert der Judenbengels nebeneinander wie Kramtsvögel an der Kreml-Mauer hängen sehen. Möglichst so, dass der Tod langsam eintritt, um die Wirkung zu erhöhen“.<sup>149</sup>

Sowohl Bothmer, als auch sein Militär-Kollege bei der deutschen Gesandtschaft in Moskau, Major Wilhelm Henning (Bevollmächtigter des preußischen Kriegsministeriums für Russland), zweifelten an der Dauerhaftigkeit der bolschewistischen Herrschaft und waren der Meinung, eine energische Förderung der Gegenrevolution wäre

<sup>145</sup> E. Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen...*, op.cit., S. 529-530.

<sup>146</sup> W. Baumgart, *Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April-Juni 1918*, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, Heft 1/1968, S. 66-96, hier S. 68.

<sup>147</sup> K. F. von Bothmer, *Moskauer Tagebuch 1918...*, op.cit., S. 13.

<sup>148</sup> *Ibidem*, S. 43.

<sup>149</sup> *Ibidem*, S. 72.

erforderlich, „um das Feld des zukünftigen Russland nicht der Entente zu überlassen“.<sup>150</sup> Am 28. Juli (also schon nach der Ermordung des deutschen Gesandten Mirbach) gab Bothmer in seinem Tagebuch zu, dass der Friede von Brest-Litowsk „für denkende Menschen in vieler Hinsicht ein Übergang ist, eine Maßnahme, die geändert werden kann, nachdem der allgemeine Friede geschlossen wurde“.<sup>151</sup> „Dieser Ansicht“ – schrieb Bothmer – „neige ich seit Anfang an zu, in maßgebenden Kreisen hat man jedenfalls in den letzten 8 Wochen erkannt, dass es politisch sehr falsch sein würde, jede Revision abzulehnen“.<sup>152</sup> Seiner Meinung nach war die Zugehörigkeit der Ukraine die Frage, in der Deutschland entgegenkommen mußte: „Russland kann nicht ohne sie wirtschaftlich leben (Kohle, Getreide), die Ukraine braucht Russland als Absatz-Markt und als Lieferanten vieler Dinge. Vor allem aber ist die Ukraine der älteste Teil Russlands, Kiew war lange die Landes-Hauptstadt. Man soll nie der Natur Gewalt antun, die Geschichte in unlogische Bahnen zwingen! So etwas rächt sich immer (...)“.<sup>153</sup> Deshalb sollte die Ukraine nicht nur als „Ausbeutungs-Objekt für die Wirtschaft der Mittelmächte während des Krieges“ betrachtet werden, sondern auch als „Basis für die nötige Umwälzung in Russland (...)“ und als „Lockspeise, um dem wieder monarchischen Russland den guten Willen des deutschen Reiches zeigen zu können“.<sup>154</sup> Bothmer meinte: „Wir können nicht mit Gewalt Russland durch Festhalten der Ukraine uns zum ewigen Feinde machen“ und stellte fest, dass er „seit je“ zu denen gehörte, „die Russland gesunden und erstarben, zugleich als Verbündete zu uns kommen lassen wollen“; das koloniale Ausschlachten Russlands kam ihm zufolge „nie in Frage bei einem Land mit solcher Volkskraft und solchen natürlichen Hilfsquellen“.<sup>155</sup>

Im Gegensatz zu Bothmer, der die Macht der Bolschewiki mit der Herrschaft der Juden gleichsetzte und überzeugt war, dass Feuer und Wasser nicht zusammenpassen, „also auch nicht diese Juden- und Räuber-Bande und das deutsche Reich“,<sup>156</sup> stellte sich Riezler – zumindest anfangs – auf eine längere Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung ein.<sup>157</sup> Durch seine Ehe (seit 1915) mit einer Tochter des jüdischen Malers Max Liebermann wurde Riezler hellhörig für die die Juden betreffenden Äußerungen,<sup>158</sup> Bothmers Beurteilung der russischen Lage und der gebotenen deutschen Einstellung dazu stand er also ablehnend gegenüber. Von den der deutschen Gesandtschaft in Moskau zugeteilten Offizieren hatte Riezler keine hohe Meinung:

<sup>150</sup> [K. D. Erdmann], *Kurt Riezler – ein politisches Profil 1882-1955*, in: K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 103.

<sup>151</sup> K. F. von Bothmer, *Moskauer Tagebuch 1918...*, op.cit., S. 100.

<sup>152</sup> Ibidem.

<sup>153</sup> Ibidem.

<sup>154</sup> Ibidem.

<sup>155</sup> Ibidem, S. 101.

<sup>156</sup> Ibidem, S. 105 [Notiz vom 3. August 1918].

<sup>157</sup> [K. D. Erdmann], *Kurt Riezler – ein politisches Profil 1882-1955*, in: K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 103.

<sup>158</sup> I. Geiss, *Kurt Riezler und der Erste Weltkrieg...*, op.cit., S. 400.

„(...) hier alles schwankend“ – entrüstete sich Riezler am 11. Mai 1918 – „und dazu dumme und ungebildete Offiziere, die glauben, nach 8 Tagen Aufenthalts in Moskau in glänzender Unkenntnis, grosse Exposés über die in Russland zu treibende Politik an die OHL senden [zu können]“.<sup>159</sup>

Seine Ansichten zur deutschen Ostpolitik fasste Riezler in einem Bericht vom 8. März 1918 zusammen, den er wenige Tage nach dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk an den damaligen Reichskanzler Georg Graf von Hertling gerichtet hat.<sup>160</sup> Ein vorzeitiger Sturz der Bolschewiki widersprach Riezler zufolge den politischen Interessen Deutschlands: „Die Aussicht, den Frieden von Brest-Litowsk bei einem allgemeinen Friedensschluss aufrechtzuerhalten, dürfte gegenüber einem bolschewistischen Russland, das allein nicht mit der Entente zusammen arbeiten kann, am grössten sein. Jedes nicht bolschewistische Russland“ – warnte Riezler – „wird von der Entente die Milderung der Brester Bedingungen erleben“. Als zweckmäßig erschien also die Förderung des auf die „moskowitzischen“ Kerngebiete Russlands zurückgeworfenen bolschewistischen Regimes, „eine weitere Dauer der grossrussischen Anarchie“ war erforderlich, um zwischen Deutschland und Russland eine Reihe von Pufferstaaten zu schaffen, die in unterschiedlich abgestufter Abhängigkeit von Deutschland gehalten werden sollten. „Die Randgebiete – so Riezler – und die aus ihnen zu bildenden mehr oder weniger selbständigen Staaten dürften desto mehr zu Deutschland neigen, je anarchischer, wirrer und bolschewistischer Russland ist. Gegenüber einem politisch konkurrenzfähigen Russland dürften die meisten dieser Staaten nur schwer gegründet, und einmal gegründet, nur mit Waffengewalt von einer Wiedervereinigung mit Russland zurückgehalten werden können. Das gilt“ – stellte Riezler ferner fest – „insbesondere von der Ukraine, die zur Befestigung ihrer Selbständigkeit wohl noch einige Jahre grossrussischer Anarchie bedarf. Der uns durch die Taktik und das Wesen der Bolschewiki aufgezwungene Gewaltfrieden bedarf zu seiner Rechtfertigung und Befestigung auch weiterhin der Bolschewiki (...)“.

Was die Förderung der Sowjetregierung betrifft, so stimmten die von Riezler damals – also bald nach dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk – vertretenen Anschauungen mit denen überein, die das Auswärtige Amt Anfang Mai 1918 in einer Denkschrift über die deutsche Ostpolitik zum Ausdruck brachte.<sup>161</sup> Die Hilferufe, die von verschiedenen Seiten aus Russland ergangen waren, führten die Verfasser der Denkschrift vor allem auf die Angst der besitzenden Kreise „um Sicherung ihrer Habe und ihrer Besitzungen vor dem Zugriff der Bolschewiki“ zurück. Man warnte: „Deutschland soll den Büttel spielen, um die Bolschewiki aus dem russischen Haus zu jagen und den Reaktionären wieder Platz zu machen, die dann Deutschland ge-

<sup>159</sup> K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 464.

<sup>160</sup> Die folgenden Zitate aus: *Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling, Stockholm, 8. März 1918*, in: K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 706-708.

<sup>161</sup> Die folgenden Zitate aus: *Dokument I. Denkschrift des Auswärtigen Amtes von Anfang Mai 1918*, in: W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918...*, op.cit., S. 385-387.

genüber genau dieselbe Politik befolgen würden, die vorher die zaristische Regierung der letzten Dezennien geführt hat“. Den Autoren der Denkschrift zufolge war „das geringe Häuflein von ganz rechtsstehender Russen“ schon vor dem Kriege unbedeutend und „wird auch keine Bedeutung wieder gewinnen, nachdem das ganze Land, namentlich die Bauernschaft, von demokratischen Ideen durchtränkt worden ist und nun davon ihr Heil erwartet“. Auch wenn „die Reaktionäre“ wieder ans Ruder kommen sollten, so würden sie, nachdem sie die deutsche Hilfe benutzt hätten, bestimmt eine deutschfeindliche Politik betreiben: „Sie fühlen genau so wie jeder patriotische Russe, dass der Friede von Brest-Litowsk (...) Russlands Zerstörung bedeutet“. Man zog also den folgenden Schluß : „Wir haben zunächst in Grossrussland nur das eine Interesse, die zersetzende Kräfte zu fördern und das Land noch auf lange hinaus schwach zu erhalten, ganz analog wie Fürst Bismarck nach 1871 Frankreich gegenüber verfahren ist, indem er gegen die Wiedereinführung der Monarchie Stellung nahm. Unsere Politik“ – fügte man hinzu – „muss sodann dahin gehen, uns mit den abgesplitterten selbständigen Staaten, insbesondere mit der Ukraine, Finnland und der neuen kaukasischen Regierung auf einen guten Fuß zu stellen, dort unseren Einfluß fest zu verankern und die Russland zugewandten föderalistischen Tendenzen nach Möglichkeit zu unterdrücken“.

Die Befreiung Russlands vom bolschewistischen Joch kam also für die Verfasser der Denkschrift nicht in Frage, weil der Frieden von Brest-Litowsk „nur von den Bolschewisten, und auch nicht einmal von allen, ratifiziert worden ist“; gegen seine Ratifizierung hat sich „die übrige extreme Linke“ ausgesprochen, ebenso wenig wird er von den „weiter rechts stehenden Parteien“ gutgeheißen. „Es liegt daher in unserem Interesse, dass die Bolschewiki zunächst am Ruder bleiben. Sie werden, um sich an der Macht zu erhalten, vorläufig alles tun, um uns gegenüber den Anschein der Loyalität zu wahren und den Friedenszustand mit uns zu erhalten“. Man hoffte sogar, dass die bolschewistischen Führer „als jüdische Geschäftsleute bald von ihren Theorien zu Gunsten einer gewinnbringenden Praxis in Handel und Verkehr ablassen“. Dadurch sollte der Osten für Deutschland ausgebeutet werden: „Das russische Verkehrswesen, die Industrie und die ganze Volkswirtschaft müssen in unsere Hand kommen“; dort – stellte man fest – „sind die Zinsen für unsere Kriegsanleihen zu holen“.

Über die Denkschrift des Auswärtigen Amtes hat rückblickend der General Wilhelm Groener (im Oktober 1918 wurde er Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister) ein sehr scharfes Urteil abgegeben: in seinen Lebenserinnerungen nannte er sie „ein merkwürdiges Dokument unserer politischen Instinktilosigkeit und Phantasterei, die wir dem bolschewistischen Russland gegenüber an den Tag legten, und welche uns verleitete, in Unterschätzung der bolschewistischen Gefahr, wie des einzelnen Mannes, Herrn Joffé, diesen gerissenen Juden, als russischen

Botschafter nach Deutschland hereinzulassen. Das war einer der größten Fehler, die wir gemacht haben“.<sup>162</sup>

Sogar nach der Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau am 6. Juli 1918 blieb das Auswärtige Amt bei seiner Entscheidung, die Beziehungen mit der bolschewistischen Regierung nicht abzubrechen, obwohl eine Revision der deutschen Ostpolitik ihm von der Moskauer Gesandtschaft nahegelegt wurde.<sup>163</sup>

Was die Beweggründe für das Attentat auf den Grafen Mirbach anbetrifft, so sind wir auf Vermutungen angewiesen. Üblicherweise schrieb man die Schuld den linken Sozialrevolutionären zu, die das Taktieren mit dem kaiserlichen Deutschland leidenschaftlich ablehnten und gegen den Brester Frieden eingeschworen waren. Andererseits waren die beiden Attentäter (Jakow Bljumkin und Nikolai Andreev) Mitglieder des sich gerade bildenden bolschewistischen Geheimdienstes (in der Tschecha stand Bljumkin sogar der „Abteilung zur Bekämpfung der deutschen Spionage“ vor), was zu der Vermutung führt, dass die Ermordung Mirbachs mit Billigung Felix Dzierzinskis (des Leiters der Tschecha) und sogar mit Wissen Lenins erfolgte. Dem Historiker Boris Chavkin zufolge<sup>164</sup> profitierte gerade Lenin mehr als alle andere von Mirbachs Ermordung: das Attentat erlaubte nämlich, der linken Opposition den Garaus zu machen, indem man ihr einen politischen Mord anhängte; auf diese Weise wurde das letzte Hindernis auf dem Weg zur alleinigen Diktatur der bolschewistischen Partei beseitigt. Nicht ohne Bedeutung war auch eine andere Tatsache: der deutsche Gesandte, der sehr gut über die dunklen Geschäfte mit den bolschewistischen Machthaber informiert war (seinen monatlichen Bestechungsbedarf bezifferte er auf etwa drei Millionen Mark),<sup>165</sup> registrierte im Mai 1918, dass sich Lenins Lage – trotz deutscher Bestechungsgelder – bedrohlich zuspitzte und Sowjetrußland einer belagerten Festung glich. Schließlich kam er zu der Überzeugung, dass sich die deutsche Regierung für den Fall des Sturzes der bolschewistischen Herrschaft absichern und „die entstandene Leere“ durch neue Regierungsorgane ausfüllen sollte, die „wir bereithalten und die uns voll und ganz zu Diensten stehen werden“.<sup>166</sup> Diese veränderte Einstellung Mirbachs entging nicht der Aufmerksamkeit der bolschewistischen Führung.<sup>167</sup>

Im Juli 1918 mehrten sich die Stimmen für eine Umorientierung der deutschen Ostpolitik; als Verfechter eines politischen Kurswechsel erwies sich auch Kurt Riezler. Noch kurz vor dem Ermordung Mirbachs kam er zu dem folgenden Schluß: „(..)

<sup>162</sup> W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918...*, op.cit., S. 75, Anm. 54.

<sup>163</sup> Ibidem, S. 233.

<sup>164</sup> B. Chavkin, *Die Ermordung des Grafen Mirbach*, in: „Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte“, Heft 1/2006, S. 91-114, <http://www.ku.de/forschungseinr/zimos/publikationen/forum/zeitgeschichte/chavkin-mirbach/> [Zugang: 27. Juli 2015].

<sup>165</sup> K. Wiegrefe et al., „*Nie war Rußland käuflicher*“..., op.cit., S. 69.

<sup>166</sup> B. Chavkin, *Die Ermordung des Grafen Mirbach...*, op.cit., S. 94.

<sup>167</sup> E. Heresch, *Zarenmord. Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows*, Herbig, München 2009, S. 90.

die Bolschewiki sind verbraucht und wir müssen etwas Neues erfinden“,<sup>168</sup> zwei Wochen nach dem Attentat wagte er die Feststellung: „Die Bolschewiki sind tot. Ihr Leichnam lebt, weil die Totengräber sich nicht zu einigen vermögen, wer ihn begraben soll“.<sup>169</sup> Obwohl der Gesandtenmord eine günstige Gelegenheit für einen Bruch mit den ums Überleben kämpfenden Bolschewiki bot, ließ sich das Auswärtige Amt nicht von seiner bisherigen Politik der Förderung des Bolschewismus abbringen; man erwog sogar, gegebenenfalls militärisch zugunsten des bolschewistischen Regimes zu intervenieren.<sup>170</sup>

Für die Fortsetzung des bisherigen Kurses plädierte vor allem Paul von Hintze, der vom 9. Juli bis 4. Oktober 1918 Staatssekretär des Auswärtigen war. Seine Ansichten zur deutschen Ostpolitik legte Hintze in einem ausführlichen Fernschreiben dar, das er am 6. August an General Ludendorff sandte.<sup>171</sup> „Nie ist“ – so der Publizist Sebastian Haffner – „der haarsträubende Charakter der Beziehung zwischen dem deutschen Kaiserreich und der bolschewistischen Revolutionsregierung so eisklar beschrieben worden wie in diesem letzten Augenblick“.<sup>172</sup>

Ludendorffs Gedanken an eine Beseitigung des bolschewistischen Regimes durch Deutschland und die Schaffung einer neuer Regierung, „die das Volk für sich hat“,<sup>173</sup> lehnte Hintze kategorisch ab: „(...) jede andere Regierung – darüber müssen wir uns klar sein – ist entweder sofort oder binnen kürzester Frist Freund und Bundesgenosse der Entente“. Die Bolschewiki – schrieb er – sind zwar heruntergewirtschaftet, aber noch hören wir nicht „von Meutereien der Roten Garde noch vom Aufstehen des russischen Dorfes (...)“; das Deutsche Reich hat keine Veranlassung, ihr schnelles Ende herbeizuwünschen oder herbeizuführen. Die Bolschewiki bezeichnete Hintze als „üble und höchst antipatische Leute“, „das hat uns“ – stellte er aber fest – „nicht gehindert, ihnen den Frieden von Brest-Litowsk aufzuzwingen und ihnen nach und nach noch darüber hinaus Land und Leute zu nehmen. Wir haben aus ihnen herausgeschlagen,

<sup>168</sup> Riezler an den Gesandten von Bergen. Moskau, 25. Juni 1918, in: K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 711.

<sup>169</sup> Riezler an den Reichskanzler Graf Hertling. Moskau, 19. Juli 1918, in: K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 719; auch: M. Nebelin, *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*, Siedler, Berlin 2010, S. 391.

<sup>170</sup> K. D. Erdmann, *Kurt Riezler – ein politisches Profil 1882-1955*, in: K. Riezler, *Tagebücher...*, op.cit., S. 112; W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918...*, op.cit., S. 225.

<sup>171</sup> *Dokument 5. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Hintze an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier, Legationssekretär Freiherr von Lersner [Berlin, den 6. August 1918]*, in: W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918...*, op.cit., S. 392-394. Über Hintzes Denkschrift siehe auch unter anderem: F. Fischer, *Griff nach der Weltmacht...*, op.cit., S. 503-505 (dem Dokument maß Fischer eine besondere Bedeutung bei, seiner Meinung nach gewann es „den gleichen historischen Rang für das Jahr 1918, den Bethmann Hollwegs Septemberprogramm für 1914 beanspruchen kann“, S. 505); G. Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland*. Vierter Band: *Die Herrschaft des deutschen Militarismus...*, op.cit., S. 324-327.

<sup>172</sup> S. Haffner, *Der Teufelspakt...*, op.cit., S. 69.

<sup>173</sup> Dieses und die folgenden Zitate aus: *Dokument 5. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Hintze an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier, Legationssekretär Freiherr von Lersner [Berlin, den 6. August 1918]*, in: W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918...*, op.cit.

was wir konnten, unser Streben nach Sieg verlangt, dass wir damit fortfahren, solange sie noch am Ruder sind. Ob wir gern oder ungern mit ihnen arbeiten, ist belanglos, solange es nützlich ist. Gefühle in die Politik hineinzutragen ist nachweislich der Geschichte ein kostspieliger Luxus. In unserer Lage sich solchen Luxus zu gestatten wäre unverantwortlich. Wer mit den Bolschewiken als de facto Machthaber arbeitet und dazu über die üble Gesellschaft seufzt, ist harmlos; wenn man aber einen Vorteil aus der Arbeit mit den Bolschewiken zurückweist aus Abneigung gegen das Odium, mit den Bolschewiken zu tun zu haben, so wird das gefährlich. Politik ist bis auf den heutigen Tag und auf lange hinaus utilitarisch (...). Man sollte Hintze zufolge das Ende der bolschewistischen Herrschaft nicht beschleunigen, denn alle Gegner der Bolschewiki haben nur eines gemeinsam: „die Feindschaft gegen Deutschland“. Mit entwaffnender Ehrlichkeit fragte Hintze: „Was wollen wir denn im Osten? Die militärische Paralyse Russlands; die besorgen die Bolschewiken besser und gründlicher als jede andere Russische Partei und ohne dass wir einen Mann und eine Mark drangeben. Wir können nicht verlangen, dass sie oder andere Russen uns dafür lieben, dass wir ihr Land aus- und einpressen. Begnügen wir uns also mit der Ohnmacht Russlands“. Hintze betonte, dass die Bolschewiki die einzige russische Partei sind, „die in einem Gegensatz zur Entente geraten ist“, deutsche Pflicht ist es, „diesen Gegensatz zu pflegen“. Die Bolschewiki, fuhr er fort, „sind die einzigen Vertreter des Brester Friedens in Russland“. Um die antibolschewistischen Parteien für Deutschland zu gewinnen, mußte also der Brester Frieden modifiziert, die Ukraine wieder an Großrussland zurückgegeben und sogar Russland in den alten Grenzen wiederhergestellt werden: wozu aber das? – fragte Hintze. „Die Früchte vierjähriger Kämpfe“ sollten nicht preisgegeben werden, um Deutschland von dem Odium der Zusammenarbeit mit den Bolschewiki zu entlasten. „Wir“ – fügte der Staatssekretär des Äußeren hinzu – „arbeiten nicht mit ihnen, sondern beuten sie aus. Das ist politisch und Politik“. Dieser Argumentation konnten weder Ludendorff noch der Kaiser widersprechen.

## **6. Wer Wind sät, wird Sturm ernten: das Spiel mit der Revolution schlägt auf Deutschland zurück**

Der Entschluss der Reichsführung, auf Russland „die Pest“ loszulassen und den Ultraradikalen Lenin als Kriegswaffe zur Zermürbung der russischen Front zu verwenden, hatte schwerwiegende Folgen, die weit über das Kriegsende hinausgingen. Die deutsche Revolutionierungspolitik verursachte die Zerstörung Russlands von innen, was die Beendigung des Krieges im Osten, den Abschluss des Friedens von Brest-Litowsk und die kurzzeitige (zwischen März und November 1918) Verwirklichung des deutschen Mitteleuropaprogramms ermöglichte. Um diesen Nutzen zu ziehen, ließ aber das Deutsche Kaiserreich den Ungeist der Revolution aus der Flasche und trug zur Etablierung des Bolschewismus in einem der größten Ländern der Welt bei. Dass aber die bolschewistische Revolution gefährlicher ist als die Entente, erkannte

sehr früh der letzte Habsburgerkaiser Karl, der nach dem Tod von Kaiser Franz Joseph im November 1916 dessen Nachfolge angetreten hatte. Seine Überlegungen beschrieb die Kaiserin Zita folgendermaßen: „Er widersetzte sich dem Plan, Lenin in einem plombierten deutschen Eisenbahnwaggon nach Russland einzuschmuggeln, und trachtete durch drei Argumente, die deutsche Regierung von diesem Vorhaben abzubringen. Erstens betonte der Kaiser, dass es eine unverantwortliche Handlung dem russischen Volk gegenüber sei. Zweitens, dass es um so schwieriger wäre, jemanden zu finden, um über den Frieden zu verhandeln, je größer das Chaos in Russland sei. Drittens werde der Kommunismus, habe er sich einmal in Russland festgesetzt, an den Grenzen Österreich-Ungarns sowie Deutschlands nicht haltmachen“<sup>174</sup> Besonders mit diesen letzten prophetischen Worten sollte er Recht behalten, denn genau um ein Übergreifen der Revolution auf die Mittelmächte ging es Lenin und seinen Genossen.

Der deutsche Sieg im Osten entpuppte sich als trügerisch und kurzzeitig: trotz des Friedensschlusses blieben starke deutsche Streitkräfte zur politischen und militärischen Sicherung im Osten gebunden, so dass auch jetzt das Zwei-Fronten-Dilemma nicht völlig behoben werden konnte; sie fehlten im Frühjahr 1918 bei den letzten, gescheiterten Versuchen, das Kriegsgeschick an der Westfront zu Gunsten Deutschlands zu wenden. Im November 1918 bat ein militärisch erschöpftes Deutschland die Westalliierten um Waffenstillstand. Die Bestimmungen des am 11. November 1918 in Rethondes (in der Nähe von Compiègne) unterzeichneten Waffestillstands, der viele der Bedingungen des Vertrages von Versailles bereits ankündigte, verkörperten die deutsche Kriegsniederlage: unter anderem beinhalteten sie die Aufhebung der Verträge, die das Deutsche Reich mit der bolschewistischen Regierung in Russland abgeschlossen hatte. Die euphorische Reaktion, die in Deutschland durch den Frieden von Brest-Litowsk hervorgerufen wurde, „sollte in einem bösen Erwachen enden“<sup>175</sup>

Noch am 13. Juni 1918, als die Herrschaft der Bolschewiki vor dem Zusammenbruch zu stehen schien, notierte Major Bothmer in sein Moskauer Tagebuch die von Leo Trotzki gemachte Bemerkung: „Wir (d.h. die Regierung) sind eigentlich schon tot, es fehlt nur noch jemand, der uns begräbt“<sup>176</sup>. Dieser Feststellung zum Trotz behaupteten die Bolschewiki jedoch in einem mit größter Grausamkeit geführten Bürgerkrieg ihre Macht. Nicht das Deutsche Reich mit seinem Kaiser (der am 9. November 1918 abdankte und ins niederländische Exil ging) sondern Lenin zog den dauerhaften Nutzen aus dem Brester Frieden, so dass er zu Recht als „der eigentliche Gewinner des deutsch-russischen Zusammenspiels des Jahres 1918“<sup>177</sup> bezeichnet werden kann. Die Beendigung des Krieges mit den Mittelmächten bedeutete nämlich „eine Atempause“, die zur

<sup>174</sup> G. Brook-Shepherd, *Um Krone und Reich...*, op.cit., S. 124.

<sup>175</sup> G. A. Craig, *Deutsche Geschichte 1866-1945...*, op.cit., S. 421.

<sup>176</sup> K. F. von Bothmer, *Moskauer Tagebuch 1918...*, op.cit., S. 63.

<sup>177</sup> W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918-1926*, in: A. Fischer, G. Moltmann, K. Schwabe (Hrsg.), *Russland-Deutschland-Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1978, S. 248.

Verteidigung der bolschewistischen Revolution und zur Festigung der inneren Macht der Bolschewiki genutzt werden sollte: um diese dringend benötigte Atempause zu bekommen und seine Revolution am Leben zu erhalten, nahm Lenin ein amputiertes Staatsgebiet in Kauf. Der Vertrag von Brest-Litowsk rettete also die Bolschewiki, indem er ihnen den Machterhalt ermöglichte.<sup>178</sup> Die Rettung der bolschewistischen Revolution wurde also durch den Verzicht auf die territoriale Integrität Russlands erkaufte.<sup>179</sup>

Im März 1918 verteidigte Lenin „die Theorie der Atempause“ gegen die Kritiker aus den eigenen Reihen: in seinem grossen (am 7. März vorgetragenen) Referat „über Krieg und Frieden“<sup>180</sup> bezeichnete er „die Unterzeichnung eines Vertrags angesichts einer Niederlage“ als „ein Mittel zum Sammeln der Kräfte“ und verglich den Brester Vertrag mit dem Tilsiter Frieden von 1807 (nach der Niederlage im Krieg mit Kaiser Napoleon I. wurde der Gebietsbestand des preußischen Staates und die Zahl seiner Untertanen um mehr als die Hälfte reduziert; Preußen beschränkte sich also auf seine Kerngebiete, was jedoch ausreichend war, um zu überleben). Lenin wies auf die Umgehungen des Tilsiter Friedens durch Preußen hin (dabei spielte er auf den Vertreter der Obersten Heeresleitung bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk an): „Der damalige Hoffmann – Napoleon – ertappte die Deutschen bei der Verletzung des Friedens, und uns wird Hoffmann ebenfalls dabei ertappen. Nur werden wir uns bemühen, dass er uns nicht so bald ertappe“. Zwischen beiden Verträgen ließen sich Lenin zufolge auch weitere Parallelen ziehen: obwohl der Tilsiter Frieden so schwer war, dass nicht nur die Hauptstädte aller deutschen Staaten besetzt und die Preußen bis Tilsit zurückgeworfen wurden, sondern Napoleon die besiegten Völker auch zwang, Hilfstruppen für seine Kriege zu stellen, bedeutete der Vertrag nicht den Untergang Deutschlands, „(...) im Gegenteil, er wurde zu einem Wendepunkt, führte zur nationalen Verteidigung, zu einem Aufschwung. Auch wir stehen am Vorabend eines solchen Wendepunkts (...)“.<sup>181</sup> Lenins Meinung nach bot im Jahre 1807 „die historische Situation diesem Aufschwung keinen anderen Ausweg als den zum bürgerlichen Staat“, jetzt aber habe der Krieg die Geschichte angetrieben. „Wenn also Russland jetzt – woran nicht gezweifelt werden kann – vom ‚Tilsiter Frieden‘ einem nationalem Aufschwung (...) entgegengeht, so ist der Ausweg für diesen Aufschwung

<sup>178</sup> J. Schirmer, „Weder Krieg noch Frieden“ – das diplomatische Dilemma von Brest-Litowsk 1917/18, „Journal der Juristischen Zeitgeschichte“, Nr. 1/2011, S. 13.

<sup>179</sup> U. Schmiederer, *Die Außenpolitik der Sowjetunion*, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart et al. 1980, S. 63.

<sup>180</sup> *Referat über Krieg und Frieden. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees des Außerordentlichen Parteitagess der RKP(B), vorgetragen von W. I. Lenin. 7. März 1918*, in: *Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages*. Band I: 1917-1918, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (DDR) 1967, S. 515-538.

<sup>181</sup> *Referat W. I. Lenins über die Ratifizierung des Friedensvertrages auf dem IV. Außerordentlichen Gesamtrussischen Sowjetkongreß. 14. März 1918*, in: *ibidem*, S. 583.

nicht der Ausweg zum bürgerlichen Staat, sondern der Ausweg zur internationalen sozialistischen Revolution“.<sup>182</sup>

Lenin ging ganz offen von einer bald bevorstehenden Weltrevolution (zuerst in Deutschland) aus, die die Belastung des Brester Friedensvertrags aufheben und die kaiserlichen „Imperialisten“ hinwegfegen sollte. Er und seine engsten Mitkämpfer „dachten und handelten weniger in russisch nationalen als in weltrevolutionären Maßstäben“,<sup>183</sup> was unter anderem auch daran liegen mochte, dass in der russischen revolutionären Bewegung eine wesentliche Rolle die nationalen Minderheiten spielten und nach dem Sturz der Provisorischen Regierung „ein Hauptkontingent der wirklich leitenden Männer“ besonders die Juden stellten, die ihre in der illegalen Tätigkeit angenommenen und die Herkunft verhüllenden Decknamen beibehielten (z. B. Trotzki-Bronstein, Sinowjew-Apfelbaum, Martow-Zederbaum, Litwinow-Finkelstein, Bogdanow-Silberstein, Kamenew-Rosenfeld, Radek-Sobelsohn, Krylenko-Abramowitsch).<sup>184</sup> Was den Führer der Bolschewiki anbetrifft, so speiste sich dem Historiker Dmitri Wolkogonow zufolge Lenins familiäre Herkunft aus mehreren kulturellen Quellen: russischen, deutschen, jüdischen, kalmückischen und zu einem Teil auch schwedischen. Deshalb war Lenin „eine Mischung aus vielen Merkmalen seiner Ursprünge: russischen Radikalismus, europäischer Zivilisation, jüdischer Intelligenz und asiatischer Kühnheit und Grausamkeit.“ Für sein politisches Handeln war die Abstammung seiner Mutter nicht ohne Bedeutung, die die vierte Tochter von Israel (Alexander) Blank, einem getauften Juden aus Shitomir, war.<sup>185</sup> Während Lenin für die Russen Verachtung empfand und sie sogar (im Geheimkorrespondenz) als „Vieh“ oder „russische Dummköpfe“ bezeichnete, schätzte er besonders die Juden, betrachtete sie als besonders begabte „Rasse“ und war stolz auf das jüdische Element in seiner Ahnenreihe; er pflegte sogar zu sagen: „Ein gescheiter Russe ist fast immer ein Jude oder jemand mit einer Beimengung jüdischen Blutes“.<sup>186</sup>

Bemerkenswert ist, dass Lenin Deutschland, nicht Russland, als das wichtigste Land für die kommende Weltrevolution ansah, „so dass er wohl sagte, man müsste im Notfall Russland opfern, um in Deutschland Revolution zu bekommen“.<sup>187</sup> Aufgrund seiner zahlenmäßig stärksten Arbeiterschaft in der Welt und seines außerordentlichen

<sup>182</sup> *Die Hauptaufgabe unserer Tage*, in: W. I. Lenin, *Werke*, Band 27, Dietz Verlag, Berlin (DDR) 1960, S. 146-151, <http://www.red-channel.de/LeninWerke/LW27.pdf> [Zugang: 27. Juli 2015].

<sup>183</sup> W. Leonhard, *Weltrevolution durch die Hintertür*, „Die Zeit“, Nr. 37/1959, <http://www.zeit.de/1959/37/weltrevolution-durch-die-hintertuer/komplettansicht> [Zugang: 27. Juli 2015].

<sup>184</sup> E. Hanisch, *Geschichte Sowjetrusslands 1917-1941*, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1951, S. 1. Siehe auch: J. Rogalla von Bieberstein, „*Jüdisches Bolschewismus*“. *Mythos und Realität*, Edition Antaios, Dresden 2002.

<sup>185</sup> D. Wolkogonow, *Die sieben Führer*, Societaets Verlag, Frankfurt am Main 2001, S. 14.

<sup>186</sup> R. Service, *Lenin. Eine Biographie*, Verlag C. H. Beck, München 2000, S. 53-54; siehe auch: P. Wiczorkiewicz, *Wstęp* [Einleitung], in: A. F. Ossendowski, *Lenin*, Wydawnictwo LTW, Łomianki 2008, S. 6; J. Besala, *Tyrani i blaźni* [ Tyrannen und Narren], Bellona, Warszawa 2013, S. 99.

<sup>187</sup> G. Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1997, S. 636.

Industriepotenzials, wie auch aufgrund der sehr günstigen geopolitischen Lage im Zentrum Europas sollte Deutschland die Führungsrolle in der Weltrevolution zukommen; erst von Deutschland aus konnte und sollte die Weltrevolution in Gang kommen.<sup>188</sup> Das hochentwickelte und straff organisierte Deutschland faszinierte Lenin: ein erstaunliches Leitbild stellte für ihn, einen erklärten Marxisten, besonders die hochzentralisierte Kriegswirtschaft des kaiserlichen Deutschland dar, in der Lenin eine Art Vorstufe zum Sozialismus erblickte.<sup>189</sup> Lenins Bewunderung für Deutschland, das er mit der fortgeschrittensten ökonomisch-technischen Form des Kapitalismus gleichsetzte, gipfelte in der Aufforderung: „Lerne beim Deutschen! (...) Es ist so gekommen, dass jetzt gerade der Deutsche nicht nur den bestialischen Imperialismus, sondern auch das Prinzip der Disziplin, der Organisation, des harmonischen Zusammenwirkens auf dem Boden der modernsten maschinellen Industrie, der strengsten Rechnungsführung und Kontrolle verkörpert. Und das ist gerade das, woran uns mangelt. Es ist gerade das, was wir lernen müssen“.<sup>190</sup>

Lenins Hoffnungen auf die Weltrevolution hingen also stark mit der Revolution in Deutschland zusammen. Die bolschewistische Führung versuchte diese nach Kräften zu fördern und betrieb auf diese Weise eine ähnliche Revolutionierungspolitik, wie in den Jahren zuvor das Deutsche Reich Russland gegenüber. Das Spiel mit der Revolution schlug dadurch auf Deutschland zurück: in den Jahren 1918-1923 (von der deutschen Kriegsniederlage bis zum „Deutschen Oktober“, dessen politischen Hintergrund das Krisenjahr 1923 bildete) drohte Deutschland eine ernstzunehmende Bolschewisierungsfahr. Mit entwaffnender Ehrlichkeit gab Lenin auf einer Sitzung seiner Partei am 20. Oktober 1918 zu: „Ich werde öfters beschuldigt, in der Revolution mit Hilfe deutschen Geldes gesiegt zu haben. Diese Tatsache habe ich nie geleugnet – noch tue ich das jetzt. Ich will jedoch hinzufügen, dass wir mit russischem Geld eine ähnliche Revolution in Deutschland inszenieren werden“.<sup>191</sup> Angesichts der Kriegsniederlage der Mittelmächte schien diese Rechnung anfänglich aufzugehen: in kurzer Zeit, so hoffte Lenin, sollte das kapitalistische Staatensystem durch „die sozialistische Völkergemeinschaft unter einer Art deutsch-russischen Kondominiums“ überwunden werden;<sup>192</sup> auch Trotzki hoffte auf eine Verklammerung der Potenziale Deutschlands und Russlands und sagte am 3. Oktober 1918 die Schaffung eines mächtigen deutsch-russischen Blocks mit 200 Millionen Einwohnern, „an dem alle Wellen des Imperialismus brechen werden“, voraus.<sup>193</sup> Im März 1919 wurde in Moskau die Dritte Internationale (Komintern) gegründet, die als ein straff zentralisierter Generalstab der

<sup>188</sup> S. Haffner, *Der Teufelspakt...*, op.cit., S. 74.

<sup>189</sup> M. Schneider, *Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Sozialismus*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1992, S. 154-155; D. Geyer, *Sowjetrussland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918-1932*, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, Heft 1/1976, S. 5-6.

<sup>190</sup> *Die Hauptaufgabe unserer Tage...*, op.cit., S. 150.

<sup>191</sup> E. Heresch, *Geheimakte Parvus...*, op.cit., S. 362.

<sup>192</sup> H. Schulze, *Weimar. Deutschland 1917-1933*, Bassermann Verlag, München 2004, S. 28.

<sup>193</sup> W. Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918...*, op.cit., S. 334, Anm. 117.

Weltrevolution fungieren sollte. Die Teilnehmer des Gründungskongresses hofften so stark auf eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland, dass sie beschlossen, Berlin zum zukünftigen Hauptsitz der weltrevolutionären Organisation zu machen; „das Exekutivkomitee sollte nur bis zur Errichtung einer deutschen Räterepublik seinen Sitz in Moskau haben“.<sup>194</sup> Die Amtssprache der neuen Organisation sollte Deutsch sein.

Alle bis Ende 1923 von Moskau unterstützten und unternommenen Umsturzversuche in Deutschland und Europa haben jedoch nicht gefruchtet, was zur Folge hatte, dass nach 1925 die Losung vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande zur politischen und ideologischen Leitlinie der bolschewistischen Führung und zum Inbegriff des „Leninismus“ stilisiert wurde. Dadurch wurde aber die Weltrevolution nicht aufgegeben, sondern nur verschoben: auf der Grundlage der zu entwickelnden Rüstungsindustrie sollte die Sowjetunion imstande sein, „notfalls mit Waffengewalt gegen die kapitalistischen Staaten vorzugehen, um die Revolution zu verbreiten“.<sup>195</sup>

### **Germany, Mitteleuropa and the Revolutionising of Russia**

The German programme of war aims in World War I became known only in 1961, when Fritz Fischer, a historian from Hamburg, published the secret memorial called the Septemberprogramm (September Programme), dated 9 September 1914. In this document, the Chancellor of the German Empire Theobald von Bethmann Hollweg declared the intention of breaking the power of France, pushing Russia far to the east and establishing a Central European Economic Association that, while maintaining the pretence of equality of its members, would in fact be led and dominated by Germany, consolidating its economic and political hegemony in Europe. Thus the Septemberprogramm referred to the concept of Mitteleuropa, which had been present in German political and economic thought already since the first half of the 19<sup>th</sup> century. The proponents of this concept – politicians, columnists, economists, and geographers – advocated the establishment of a European political and economic community that would be centred around a core in the form of the close relationship between Germany and Austria (or Austria-Hungary) and which would be joined by additional countries, especially from Central, Eastern and South-Eastern Europe; by controlling such a community, Germany would be able to rise to the rank of a global power – next to the United Kingdom, the United States and Russia. Striving to realise its war aims in World War I, including the concept of Mitteleuropa, Germany applied a policy of revolutionising and inciting internal destabilisation in its enemies (primarily the British Empire and Russia). The most spectacular manifestation of this policy was the support the conservative Germany gave to radical Russian revolutionaries (Bolsheviks) and Vladimir Lenin himself. Attempting to cause as great a chaos in Russia as possible, in

<sup>194</sup> F. T. Epstein, *Außenpolitik in Revolution und Bürgerkrieg, 1917-1920*, in: D. Geyer (Hrsg.), *Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955*, Böhlau Verlag, Köln-Wien 1972, S. 93.

<sup>195</sup> B. Musial, *Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen*, Propyläen, Berlin 2008, S. 186.

April 1917 the German political and military leadership organised the passage of Lenin and a group of his associates from neutral Switzerland through Germany and Scandinavia to Petrograd (Saint Petersburg), and then – through considerable financial support – made it possible for the Bolsheviks to seize power in Russia in autumn of the same year. The most important result of Germany's efforts aimed at destabilising the internal situation in Russia was the conclusion of the Treaty of Brest between Germans and the Bolsheviks – struggling to maintain power in their country plunged in chaos and civil war – in March 1918. Pursuant to this treaty, Germany obtained control over a huge area from Finland to the Caucasus which had previously been controlled by the Russian Empire; this opened the way for Germany to implement its *Mitteuropa* programme. This success, however, proved only temporary and was invalidated by the Germany's defeat in World War I; in the armistice concluded in November 1918, it had to agree to, among others, annul the Treaty of Brest and lose the conquered territories in Eastern Europe. Meanwhile, Lenin and the Bolsheviks managed to stay in power in Russia and later tried to incite a revolution in Germany, which they believed was the prerequisite of a world revolution due to Germany's high degree of industrialisation, strong worker class and geopolitical location.

*Keywords:* Germany, Russia, the concept of *Mitteuropa*, global powers, the Septemberprogramm, World War I, policy of subversion (the *Revolutionierungspolitik*), revolution, world revolution, Bolshevism, Treaties of Brest-Litovsk, Vladimir Lenin, Alexander Helphand-Parvus, Theobald von Bethmann Hollweg, Kurt Riezler